

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Juli 2017

VENEZUELA
Regierung
agiert zunehmend
diktatorisch

GLAUBE UND POLITIK
Was Saudi-Arabien
von Katar
unterscheidet

STAATSFINANZEN
Afrikanische Länder
müssen Steuer-
einnahmen steigern



Landbesitz

Monitor

Philanthropische Einrichtungen gewinnen international an Bedeutung | Diskussion über den Nutzen von ausländischen Investitionen in Afrika | Bessere Bildung und mehr Investitionen als Schlüssel für Afrikas wirtschaftliche Entwicklung | Heutzutage: Kleines Volk in Simbabwe als Sündenbock für Klimawandel | Impressum 4

Debatte

Kommentare über die Krise in Venezuela, den Konflikt zwischen Katar und anderen arabischen Ländern, Ideen zur Weiterentwicklung Afrikas aus dem BMZ und zur Klimapolitik von US-Präsident Trump | Leserbrief 9

Tribüne

CORNELIA HEINE

Wasser und Sanitärversorgung enorm wichtig für Mensch-Tier-Gesundheit 14

MARTIN NOLTZE UND SVEN HARTEN

Evaluierung als Schlüssel für den Erfolg globaler Nachhaltigkeitspolitik 16

Schwerpunkt: Landbesitz

PAUL KAWEGAH

Ethnische Spannungen und Landkonflikte hängen in Kenia zusammen 19

GUNTHER BEGER

Sichere Landbesitzrechte als Schlüssel für nachhaltige ländliche Entwicklung 21

ELIJAH GREGA

Kleinbauern in Sierra Leone verlieren ihre Felder an internationale Investoren 23

DJERALAR MIANKEOL

Im Tschad nehmen Landkonflikte rasant zu, Ackerbauern haben meist das Nachsehen 24

ARMANDO MUSSA SANI UND JASMINA BARCKHAUSEN

Guinea-Bissau muss endlich das Landgesetz anwenden, um Konflikte zu lösen 26

HENNING MELBER

Trotz Unabhängigkeit bleibt Landbesitz in Namibia ungerecht verteilt 29

FRANK BLISS UND KARIN GAESING

Rechtssicherheit bei Landfragen ist für die Armutsbekämpfung entscheidend 31

SUN NARIN

Warum Landkonflikte in Kambodscha zum Dauerthema geworden sind 34

ROLI MAHAJAN

Massen von indischen Slumbewohnern müssen Räumung fürchten 36

KORINNA HORTA

Neues Rahmenwerk der Weltbank bringt arme Menschen in Gefahr 38

SCHWERPUNKT

Landbesitz

Wurzeln der Gewalt

Der Grund für politische Unruhen in Kenia sind nicht nur ethnische Spannungen, sondern sie rühren häufig aus Landkonflikten, erklärt GIZ-Mitarbeiter Paul Kawegah. SEITE 19

Landrechtssicherheit

Das BMZ arbeitet an Initiativen, den Zugang zu Land für die arme Bevölkerung fairer und sicherer zu gestalten, berichtet Abteilungsleiter Gunther Beger. Auch in Sierra Leone fehlt es Kleinbauern an eigenem Land, erläutert der Journalist Elijah Grega. SEITEN 21, 23

Problem Kommerzialisierung

Im Tschad werden Konflikte um Land oft gewaltsam ausgetragen. Sie zerstören die Lebensgrundlagen vieler Bauern, beklagt der Aktivist Djerlar Miankeol. SEITE 24

Folgen des Kolonialismus

Trotz der Unabhängigkeit seit 1990 ist Landbesitz in Namibia noch immer nicht gerecht verteilt, und die kolonialen Strukturen wirken nach, erklärt der Wissenschaftler Henning Melber. Auch in Guinea-Bissau sind viele heutige Landkonflikte ein koloniales Erbe, schreiben die Friedensaktivisten Armando Mussa Sani und Jasmina Barckhausen SEITEN 26, 29

Landkonflikte Kambodschas

Auch in Kambodscha fehlt es vielfach an Landrechtssicherheit für Kleinbauern. Die Gutachter Frank Bliss und Karin Gaesing beschreiben Projekte, die an Lösungen arbeiten. Der Journalist Sun Narin erklärt, woher die Landkonflikte in Kambodscha rühren. SEITEN 31, 34

Überfüllte Räume

Besonders in Städten ist Grund teuer. Viele arme Menschen müssen dicht gedrängt in informellen Siedlungen ohne Sicherheit leben. Viele indische Slumbewohner müssen laut der Journalistin Roli Mahajan die Räumung fürchten. SEITE 36

Sorge um die Schwächsten

Das neue Rahmenwerk der Weltbank bringt arme Menschen in Gefahr, vertrieben und marginalisiert zu werden, fürchtet Korinna Horta von Urgewald. SEITE 38

Vom Nutzen und Besitzen

Grund und Boden sind keineswegs selbstverständlich individuelles Eigentum. Bis zur Frühgeschichte wurde Land fast ausschließlich gemeinschaftlich genutzt, und in vielen Gegenden der Welt ist kollektiver Grundbesitz bis heute normal. Für nicht sesshafte Gemeinschaften, die es auf allen Kontinenten gibt, ergibt alles andere wenig Sinn.

Moderne Marktwirtschaften brauchen indessen klare Eigentumsrechte, damit ökonomische Entscheidungen präzise berechnet werden können. Derweil wächst die Weltbevölkerung, Ressourcen werden knapper, und die Konkurrenz um sie wird härter. Übernutzung und der Klimawandel tun ihr Übriges. Die Knappheit lässt die Preise steigen. Grund und Boden werden mehr und mehr zum Spekulationsobjekt.

Die Urbanisierung rast voran, und Städte verleiben sich Flächen ein, die der Landwirtschaft dann fehlen. Preise steigen, Menschen werden verdrängt. Arme vom Land landen häufig in Slums großer Städte. Wird das Areal, auf dem sie leben, wirtschaftlich interessant, werden sie schnell wieder vertrieben.

Streit um Land hat existenzielle Bedeutung. Es geht um Wohnen und Lebenserwerb. Auch Identitätsfragen sind oft berührt, zuweilen auch religiös aufgeladen. Formales Recht und traditionelle Vorstellungen passen nicht unbedingt zusammen – das gilt besonders dort, wo koloniale Strukturen in ehemaligen Kolonien ebenso fortwirken wie alte Traditionen.

Land ist nicht gleich Land. Eine Parzelle im Zentrum Tokios hat einen anderen Wert und Nutzen als ein Stück Wüste und wieder einen anderen als ein Teil einer Oase in dieser Wüste. Doch wo Land für Menschen wertvoll ist, ähneln sich die Probleme. Frauen und Minderheiten werden oft benachteiligt.

Dort, wo es kein formales Landrecht gibt oder dieses nicht durchgesetzt wird, herrscht das Recht des Stärkeren. Mächtige stecken einfach ihren Claim ab, das ist Privatisierung durch Faktenschaffen. Provinzfürsten verkaufen Gemeinschaftsland – oder solches mit unklaren Besitzverhältnissen – an Investoren; Stadtoberhäupter „entwickeln“ Flächen mit informellen Siedlungen für Einkaufszentren und Bürotürme.

Große entwicklungspolitische Herausforderungen sind:

- Bestehendes Gewohnheitsrecht muss formal anerkannt werden.
- Es müssen Formen gefunden werden, wie mit diesen Nutzungsrechten gehandelt werden kann, damit das Land möglichst produktiv genutzt wird.
- Marginalisierte Bevölkerungsgruppen, die auch gewohnheitsrechtlich benachteiligt sind, dürfen nicht noch weiter an den Rand gedrängt werden.

Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation hat dazu 2012 kluge freiwillige Leitlinien beschlossen. Gute Lösungen ermöglichen langfristig sozialverträgliche Entwicklung. Das Thema ist konfliktrichtig, weil die Interessen mächtiger Eliten aus Politik und Wirtschaft berührt sind. Dass viele Vorhaben des Zivilen Friedensdienstes mit Landkonflikten zu tun haben, ist kein Zufall (er wird übrigens wie E+Z/D+C vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über Engagement Global gefördert). Formales Recht zu Besitz, Nutzung und Weitergabe von Land ist nicht überall fair. Wer ständig Vertreibung fürchten muss, kann sich kaum eine sichere Existenz aufbauen. Hunderte Millionen Menschen leben in dieser Situation.

► **Im Dossier auf unserer Website finden Sie alle Essays aus diesem Schwerpunkt sowie weitere verwandte Beiträge:**
www.dandc.eu/node/3093



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von **E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Debatte



Steuern sind nötig

Entwicklungsländer brauchen eigene Staatseinnahmen, um Fortschritte zu erreichen. Viele afrikanische Staaten haben allzu geringe Steuerquoten. Thomas Silberhorn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), erläutert, was zu tun ist – und wie die deutsche Entwicklungspolitik Partner bei dieser Aufgabe unterstützt. **SEITE 10**

Tribüne



Verdursten Tiere, folgen Menschen

Der Zugang zu Wasser ist für Mensch und Tier überlebenswichtig. Im ländlichen Raum sind die Verflechtungen von Wasser und Mensch-Tier-Gesundheit offensichtlich, schreibt Cornelia Heine von Tierärzte ohne Grenzen. **SEITE 14**

Neuer Wissensbedarf

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung fordert eine Neuausrichtung globaler Entwicklungspolitik. Sie beinhaltet scheinbar einfache Universalitätsprinzipien: Die Agenda gilt für alle Staaten, niemand soll zurückgelassen werden. Diese Leitprinzipien haben Konsequenzen für die begleitenden Wissenssysteme, sagen Martin Noltze und Sven Harten von DEval. **SEITE 16**

ZIVILGESELLSCHAFT

Ungleiche Staatsbürger

In den USA gewinnen philanthropische Einrichtungen an Bedeutung – mit internationalen Auswirkungen. David Callahan untersucht in einem neuen Buch die Großspender und ihre Motive.

Von Hans Dembowski

2015 versprachen Mark Zuckerberg, der Facebook-Gründer, und seine Frau Priscilla Chan, 95 Prozent ihres Vermögens von seinerzeit rund 45 Milliarden Dollar im Laufe ihres Lebens wohltätig zu spenden. Ihr Vermögen war so viel Wert wie die gesamten Ersparnisse der unteren 20 Prozent der US-Haushalte. Zuckerberg und Chan kündigten an, sie wollten sich für „Chancengleichheit“ einsetzen, damit niemand wegen Nation, Familie oder anderer Geburtsumstände benachteiligt werde.

Ein weiterer prominenter amerikanischer Philanthrop ist Michael Bloomberg, der Gründer des gleichnamigen Finanzinformationsdienstes und ehemalige New Yorker Bürgermeister. Sein Vermögen wird auf etwa 40 Milliarden Dollar geschätzt. Er interessiert sich unter anderem für Klimaschutz und die Reduktion der Zahl von Verkehrstoten in Entwicklungsländern. Auch

Bill Gates, Warren Buffett und George Soros sind spendenfreudige Milliardäre. Gates und Buffett finanzieren die Bill & Melinda Gates Foundation, während George Soros die Open Society Foundations am Laufen hält.

Alle genannten Personen beeinflussen internationales Geschehen. David Callahan beschäftigt sich mit ihnen in seinem Buch „The Givers“. Er hat umfangreiche Informationen über superreiche Amerikaner, die die Welt – oder zumindest ihre Heimatstadt – verändern wollen, zusammengetragen. Dass er letztlich nur mit Anekdoten argumentiert, ist ihm nicht vorzuwerfen. Über Arme gibt es umfangreiche Studien, aber die Superreichen dieser Welt schützen ihre Privatsphäre.

Callahans Buch bietet eine weitreichende Einschätzung der wachsenden Bedeutung philanthropischer Einrichtungen in den USA. Er lässt keinen Zweifel daran, dass dieser Trend das Resultat wachsender Ungleichheit ist. Ein paar „Superbürger“, wie er sie nennt, hätten zunehmend die Finanzmittel, um in der Zivilgesellschaft den Ton anzugeben, während immer mehr gewöhnliche Staatsbürger sich ohnmächtig fühlten und aus dem öffentlichen Leben zurückzögen. In vielen Ländern verlieren

Organisationen, die sich auf viele Mitglieder stützten, an Einfluss, und die Wahlbeteiligung sinkt. Derweil wächst die Kluft zwischen Reich und Arm.

Extrem reiche Menschen, die Stiftungen gründen und ihnen ihr Vermögen spenden, nehmen politisch Einfluss, wie Callahan ausführt. Zum Beispiel böten sie an, Vorhaben mitzufinanzieren, wenn denn auch öffentliches Geld fließt. Aus Sicht des Autors sollten aber demokratisch gewählte Amtsträger über die Mittel verfügen, die nötig sind, um öffentliche Güter bereitzustellen. Tun sie das nicht, stelle sich die Frage, ob die Reichen ausreichend besteuert würden. Angesichts hoher öffentlicher Schulden und kommender Rentenlasten rechnet er aber mit weiter wachsendem Einfluss der Philanthropen.

Megaspender prägen die Politik von der Stadtplanung bis hin zu auswärtigen Angelegenheiten, wie Callahan ausführt. Kommunalen Verantwortungsträgern sind Spenden willkommen, und im Gegenzug lassen sie die Wohltäter entscheiden, wo ein neuer Park entsteht oder welcher erneuert wird. Thinktanks, die von privaten Geldgebern leben, mischen derweil in der Diskussion darüber mit, wie Washington mit globalen Umweltproblemen, Handelsverträgen oder auch dem Atomprogramm des Iran umgehen soll.

RECHTE DENKFABRIKEN

Ob diese Institutionen wirklich immer dem Gemeinwohl dienen, steht dahin. Wie Callahan berichtet, finanzieren Milliardäre wie Robert Mercer oder die Brüder Charles und Robert Koch konservative Denkfabriken, die für Leugnung des Klimawandels und aggressive Kampagnen für Steuersenkungen bekannt sind. Laut Callahan betrug 2015 der Haushalt des einflussreichen American Enterprise Institutes 55 Millionen Dollar. Dieses Geld hätten nur rund 1 500 Spender zur Verfügung gestellt, die ihre Zahlungen von der Steuer absetzen konnten.

Callahan sorgt sich mehr um die Ungleichheit im öffentlichen Leben als darüber, dass philanthropische Übermacht an einem Strang ziehen könnte. Es gebe sehr viele Großspender mit vielen verschiedenen Anliegen. Er betont aber, dass sie wirtschaftspolitisch alle konservativ denken, denn ihrer persönlichen Erfahrung nach funktioniert das System ja gut.



Mark Zuckerberg und seine Frau versprechen, Ungleichheit zu bekämpfen. Ihr Vermögen ist größer als die gesamten Ersparnisse des untersten Fünftels der Haushalte in den USA.

Der Autor räumt ein, Amerikas Superreiche hätten auch früher schon großzügig gespendet, erkennt heute aber eine mächtigere Dynamik. Institutionen wie die Ford Foundation, die Rockefeller Foundation oder die Carnegie Corporation unterstützten mit großem bürokratischen Aufwand viele unterschiedliche Anliegen und pflegten ihr Vermögen achtsam, weil sie auf Ewigkeit angelegt seien. Die heutige Generation der Spender wolle dagegen noch im Laufe ihres Lebens ihre riesigen Vermögen loswerden.

Callahan geht nur nebenbei auf die Frage ein, wie die Philanthropen zu ihrem Reichtum gekommen sind. Manche haben geerbt. In vielen Fällen waren auch die Geschäftsmodelle, die zum Erfolg führten, umstritten. Facebook ist beispielsweise dafür

bekannt, mit raffinierten Strategien Steuern zu vermeiden und wenig gegen die Verbreitung von Fake News zu tun. Microsoft, der Konzern von Bill Gates, hatte in den 1990er Jahren eine monopolähnliche Stellung, die nur durch aufwendige Kartellverfahren in den USA und der EU gebrochen wurde. Die Titanen des Finanzsektors mussten nicht für die globale Finanzkrise zahlen, deren Epizentrum 2008 die Wall Street war. Der Reichtum der Koch-Brüder beruht auf fossiler Energie.

Philanthropische Stiftungen schulden nur sich selbst Rechenschaft, wie Callahan betont. Sie hätten viel Geld, um Vorhaben zu verwirklichen. Sie könnten Risiken eingehen, neue Ansätze testen und schnell ausweiten, was funktioniere. Callahan urteilt, sie seien so etwas wie die

Risikofinanzierer für gesellschaftliche Herausforderungen. In seinem Fazit fordert Callahan strengere Regeln für philanthropische Akteure. Sie sollten beispielsweise alle ihre Ausgaben bekannt machen, damit die Öffentlichkeit ein klares Bild davon bekomme, welchen Einfluss sie nehmen. Zudem müsse der Gesetzgeber prüfen, ob wirklich alle Aufwendungen von der Steuer befreit werden sollen. Seiner Meinung nach täten Philanthropen selbst gut daran, mehr Transparenz zu schaffen und so ihre Glaubwürdigkeit zu stärken.

QUELLE

Callahan, D., 2017: *The givers. Wealth, power and philanthropy in a new gilded age.* New York: Knopf.

Relevante Akteure

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen hat einen Bericht über das entwicklungspolitische Engagement seiner Mitglieder veröffentlicht. Dieser „Stiftungsreport“ bietet Einblicke in deren Arbeit, liefert aber leider keinen befriedigenden Überblick über das Geschehen.

Das Dokument erklärt, was die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) sind, dass diverse Akteure zu ihrer Erreichung beitragen müssen und dass die deutschen Stiftungen das auch tun werden. Mehrere Stärken dieser unabhängigen Akteure werden erläutert:

- Sie können weltweit frei mit Partnern kooperieren und auch dort aktiv werden, wo das staatlichen deutschen Institutionen aus politischen Gründen unmöglich ist.

- Sie testen neue Konzepte und können sie schnell ausweiten.
- Sie fördern Partizipation, Einfluss und Eigenverantwortung von Zielgruppen.
- Sie tragen zur politischen Bildung im Inland bei.
- Einige wirken als Denkschmieden.
- Einige profilieren sich als soziale Investoren, die Kapital für gesellschaftlich wichtige Unternehmen bereitstellen.

Die Studie belegt, dass Stiftungen gute Partner für Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind. Sie bietet auch Tipps für eigenes Engagement. Leider geht sie aber nur am Rande darauf ein, dass die Verbandsmitglieder extrem heterogen sind.

Manche Stiftungen sind staatlich (etwa die Stiftung

Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg oder die KfW Stiftung). Andere sind mit Parteien verbunden wie die christ-demokratische Konrad-Adenauer-Stiftung und die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung. Manche Stiftungen hängen mit Großunternehmen zusammen. Die Siemens-Stiftung entstand, als Korruptionsskandale den Münchener Konzern erschütterten. Sie dient ohne Zweifel einem PR-Zweck, ist aber mehr als nur das. Die Robert Bosch Stiftung dagegen wurde nicht vom gleichnamigen Automobilzulieferer gestartet – ihr gehört das Unternehmen.

Manche Stiftungen entsprechen klassischen Vorstellungen von Philanthropie. Die Karl Kübel Stiftung wurde von einem Unternehmer gegen Ende seines Berufslebens gegründet. Allerdings haben mittlerweile auch große zivilgesellschaftliche Organisati-

onen wie Brot für die Welt, die Caritas oder die Welthungerhilfe Stiftungen gegründet. Diese ermöglichen privaten Großspendern, die Arbeit der Hilfswerke langfristig zu unterstützen.

Um die Bedeutungen der Stiftungen in der Entwicklungspolitik zu verstehen, müssten Leser mehr darüber erfahren, welche Art von Stiftung welche Arbeit macht – und damit was erreicht. Außerdem müsste herausgearbeitet werden, welche Unterstützung Stiftungen beispielsweise vom Staat bekommen. Der Stiftungsreport zeigt, dass diese Akteure wichtig sind. Es wird aber nicht klar, welchen Einfluss sie haben.

LINK

Stiftungsreport – Entwicklungszusammenarbeit: Wie Stiftungen weltweit wirken.
<https://shop.stiftungen.org/stiftungsreport-entwicklungshilfe>

MARSHALLPLAN MIT AFRIKA

Heilsbringer Wirtschaft?

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, hat einen „Marshallplan mit Afrika“ vorgeschlagen. Zur Entwicklung des Kontinents soll die Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag leisten und Arbeitsplätze schaffen. Experten sind sich uneins darüber, ob die Wirtschaft wirklich den Fortschritt in Afrika in der richtigen Weise vorantreibt.

Von Sabine Balk

Der im Senegal geborene Amadou Diallo ist als Vizechef bei der DHL-Tochter „Global Forwarding“ der einzige Afrikaner im Vorstand eines deutschen Großkonzerns. Er sieht einen Schlüssel für Afrikas Wachstum in der Wirtschaft. Er bedauert, dass nur etwa ein Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen nach Afrika gehen. Da die meisten deutschen Unternehmen Mittelständler seien, müssten vor allem kleine und mittelständische Unternehmen für den Kontinent begeistert und ihnen die Angst vor den Risiken genommen werden. Viele Unternehmen schrecken seiner Ansicht nach wegen Sicherheitsrisiken vor Investitionen

in Afrika zurück. „Es gibt aber viele Länder, die sicher sind“, sagt Diallo. Deutsche Firmen dürften den afrikanischen Markt nicht allein den Chinesen überlassen. Er plädiert dafür, offizielle Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) lieber in Wirtschaftsförderung zu investieren, als sie Regierungen zu geben, die das Geld häufig nicht ihrer Bevölkerung zugutekommen ließen.

Der in Mosambik geborene Elisio Macamo ist Entwicklungssoziologe am Zentrum für Afrikastudien an der Universität Basel und glaubt nicht daran, dass die Wirtschaft Entwicklung in Afrika vorantreibt. „Wir müssen den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Politik mehr Raum geben als der Wirtschaft“, findet er. Seiner Ansicht nach ist das wichtiger. Müllers Marshallplan mit Afrika sei nur ein Plan wie viele zuvor. Jeder neue Plan sei ein Ergebnis aus dem, was vorher gemacht wurde. Das Problem ist nach Macamos Meinung, dass die Industrieländer zu wenig aus den eigenen Fehlern lernen. Der Marshallplan sei ein guter Plan im Sinne, dass er die Solidarität Deutschlands mit Afrika zeige. Ob er echte Lösungen bringe, sei eine andere Frage.

Für Macamo besteht das Problem in der Vorstellung, „man muss nur das richtige tun, dann wird alles gut“. Das funktioniert aber nicht. Menschen reagierten auf Dinge anders als erwartet. So machten etwa Politiker nicht immer brav das, was man ihnen vorgibt, etwa Krankenhäuser mit Entwicklungshilfegeld zu bauen. Afrika habe seit der Unabhängigkeit schon viel erreicht, aber damit „sind auch unsere Erwartungen gestiegen“. Macamo erinnert daran, wie lange Europa gebraucht hat, um dahin zu kommen, wo es heute steht. „Wir brauchen eine gewisse Demut und mehr Geduld, um richtig mit der afrikanischen Weiterentwicklung umzugehen“, meint er und bilanziert: „Ich sehe die afrikanischen Probleme entspannt.“

Claudia Warning, Vorstandsmitglied bei „Brot für die Welt“, befürwortet grundsätzlich die Schaffung von Jobs in Afrika und Auslandsinvestitionen. Allerdings komme es auf die Qualität an, denn oft entstünden in Afrika keine Arbeitsplätze, sondern es würden nur Rohstoffe ausgebeutet. Zum anderen würden häufig Jobs geschaffen, die nicht den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation in Bezug auf faire Löhne und Arbeitszeiten sowie Sicherheit entsprächen. Auch Umweltstandards würden von ausländischen Firmen häufig missachtet. Trotz Unterstützung von außen ist für Warning aber klar, dass Afrikas Wirtschaft von innen, also von Afrikanern selbst, aufgebaut werden muss.

Günter Nooke, persönlicher Afrikabeauftragter von Bundeskanzlerin Angela Merkel, wurde bei einer Diskussionsrunde von GIZ, Frankfurter Rundschau und hr info in Frankfurt Mitte Mai gefragt, warum es einen Marshallplan mit Afrika brauche. Seine nicht ganz ernsthafte Antwort lautete: „Damit die Medien darüber berichten.“ Seiner Meinung nach sind nicht so sehr neue Pläne wie eine andere Wahrnehmung Afrikas nötig. Das Wohl des Kontinents liege auch in unserem Interesse. Die westliche Welt wolle, dass Wirtschaftswachstum in Afrika entsteht und denke dabei nur an private Investitionen. Für Afrika bräuchte man aber teils völlig andere Modelle als in Europa. „Wir wollen mit dem BMZ und der Diaspora überlegen, wie man etwa Rücküberweisungen für Investitionen nutzen könnte. Der Staat könnte zum Beispiel für jede investierte Rücküberweisung etwas Geld drauflegen“, erläutert Nooke.



Nicht alle neu-geschaffenen Jobs in Afrika entsprechen internationalen Arbeits- und Umweltstandards: Manganerz-Mine in Ghana.

G20

Aufholen durch Bildung

**Bildung ist der Schlüssel:
Schulkinder in Madagaskar.**

Rund 60 Jahre nach dem Ende des Kolonialismus hat Afrika noch immer nicht den Anschluss an den Weltmarkt gefunden. Entwicklungshilfe allein kann dieses Problem nicht lösen. Der Schlüssel liegt in besserer Bildung, aber auch mehr Investitionen sind gefragt.

Von Susanne Sawadogo

„Wenn ich mich für einen Bereich entscheiden müsste, in dem in Afrika investiert wird, wäre das Bildung“, sagt Jean-Louis Sarbib, ehemaliger ranghoher Weltbank-Mitarbeiter. Entwicklungsprojekte könnten noch so ambitioniert, die äußeren Rahmenbedingungen noch so gut für Investitionen sein: Nur wenn die Führungskräfte in Politik und Wirtschaft verantwortungsvoll handelten, komme ein Land wirklich voran. Voraussetzung für verantwortungsvolle Führung sei Bildung. Und wer gebildet sei, einen kritischen Geist habe und „die richtigen Fragen“ stelle, fordere verantwortungsvolles Handeln auch von Behörden, Schulen oder Unternehmen ein.

Um die Ressourcen des afrikanischen Kontinents für die wachsende Bevölkerung nutzbar zu machen und Arbeitsplätze für die vielen jungen Menschen zu schaffen, reichen die immer gleichen Forderungen nach Demokratisierung und guter Regierungsführung demnach nicht aus. Das wurde bei einer Diskussion über die „Wirtschaftliche Transformation Afrikas im Kontext der G20-Partnerschaft mit Afrika“ in Berlin deutlich, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung und das African Center for Economic Transformation (ACET) eingeladen hatten.

Die aus der Kolonialzeit übernommenen Bildungssysteme seien darauf angelegt, lediglich „10000 Menschen an die Spitze“ zu bringen, argumentiert der Unternehmensberater Tutu Agyare aus Ghana. Die große Masse werde vergessen. Zudem klaffe eine Lücke zwischen den Fähigkeiten, die in Schule und Studium erlernt werden, und den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Wer ein Unternehmen führen wolle, müsse nicht nur Kenntnisse im Rechnungswesen haben, sondern auch in Staatsbürgerkunde.



Auch Sarbib fordert eine Reform des Bildungssystems, da es derzeit Ungleichheit reproduziert. Bildung müsse im frühen Kindesalter beginnen und auch der Landbevölkerung zugutekommen. „Wenn man die Produktivität steigern will, muss auch jemand lesen können, wie das Düngemittel eingesetzt wird“, sagt Sarbib.

Während Heike Rüttgers von der Europäischen Investitionsbank Bildung als Schlüssel ansieht, um ein „Wachstum ohne Jobs“ zu verhindern, warnt der Afrikabeauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke: Eine gute Ausbildung nütze nichts, solange es nicht ausreichend Arbeit gebe. „Dann ist Bildung ein Migrationstreiber. Das ist nicht unser Interesse.“ In ihrem Bemühen, Fluchtursachen zu bekämpfen, hat die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas auf die Agenda des G20-Gipfels gesetzt. Mit der Initiative „Compact with Africa“ fördern die G20-Staaten Privatinvestitionen und Investitionen in Infrastruktur.

Laut dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) liegt der Bedarf für Infrastrukturinvestitionen in Afrika bei 130 Milliarden Dollar im Jahr. Auf dem Podi-

um herrschte Einigkeit darüber, dass die staatliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) den Bedarf nicht decken kann. ODA könne aber genutzt werden, um Investitionsanreize zu schaffen, etwa in Form von Risikoabsicherungen oder durch Ausbildungsförderung.

Zudem müsse dafür gesorgt werden, dass in Afrika erwirtschaftetes Kapital dort bleibe. Derzeit legen viele Afrikaner ihr Vermögen lieber in Europa an oder parken es auf Auslandskonten, anstatt in ihrer Heimat Steuern zu zahlen, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Die afrikanischen Regierungen müssten Steuern eintreiben, um Geld für Investitionen zu haben.

Für Nooke sind die Einhaltung von Menschenrechten und der Kampf gegen Korruption wichtig, um ein gutes Investitionsklima zu schaffen. Aber nicht immer müsse „das ganze Setting der westlichen Demokratie“ erfüllt werden. „Das kann auch mal eine Entwicklungsdiktatur sein“, fügt der Afrikabeauftragte hinzu – wirtschaftliche Erfolge seien „mehr als gar nichts“.

Der Südafrikaner Greg Mills von der Brenthurst Foundation in Johannesburg ist dagegen überzeugt: „Demokratien wachsen schneller.“

Sündenböcke

Ein kleines Volk in Simbabwe wird beschuldigt, den Klimawandel zu beschleunigen. Andere Ethnien schauen auf sie herab, aber die Khoisan sind hauptsächlich Opfer der globalen Erwärmung.

Ndumiso Sibanda ist 14 Jahre alt und ist noch nie zur Schule gegangen – und wird es wahrscheinlich auch nie machen. Er gehört zum uralten Volk der Khoisan. Das sind Halbnomaden, die in Simbabwes Matabeleland North Province leben.

Khoisan ist ein einheitlicher Name für zwei Volksgruppen im südlichen Afrika. Sie haben physische und linguistische Charakteristika gemeinsam, die sie von den Bantu unterscheiden, die in der Region die Mehrheit sind. Laut Tsoro-O-Tso San, einer Entwicklungsstiftung, die sich um das Wohlergehen der Khoisan kümmert, hat diese Gemeinschaft rund 2500 Mitglieder.

Ndumiso sagt, er mache sich über den Klimawandel keine Gedanken. „Der Busch war immer Teil unseres Lebens, wir leben in Harmonie mit der Natur,“ sagt er. Langanhaltende Dürren haben allerdings ihre Spuren im südlichen Afrika hinterlassen und auch die Khoisan und ihr Vieh sind davon nicht verschont geblieben. „Viele meiner Leute haben keine Rinder mehr, weil es an Wasser fehlt“, sagt er. Nur ein paar Nutztiere wie Ziegen überleben in den harten Bedingungen.“ So leben die Khoisan meist nicht länger als Hirten,

sondern mehr und mehr als Jäger und Sammler.

Manche Umweltschützer behaupten, dass diese Gemeinschaft ökologische Probleme verschlimmern würde. „Die Khoisan nutzen Gras und Zweige, um ihre Hütten zu bauen. Dafür fällen sie Bäume und schaden der Umwelt, da sie nicht permanent an einem Ort wohnen“, meint Mavis Chidziva, eine unabhängige Umweltexpertin. So sieht es auch die Regierung. „Die Khoisan graben Baumwurzeln aus, so dass die Bäume absterben. Das verstärkt die Effekte des Klimawandels“, beschwert sich Nyson Dhumbuchena, ein Klimaschutz-Beamter der Regierung.

Davy Ndlovu von Tsoro-O-Tso San sieht dies anders. Er erklärt: „Die Khoisan respektieren die Umwelt und vermeiden es, unnötig Bäume zu fällen. Sie leben mit der Natur.“

Er fügt hinzu, dass die Khoisan den Klimawandel nicht verursacht haben, aber unter seinen Auswirkungen leiden.

Tatsächlich sind die Khoisan zu Sündenböcken geworden. „Wir werden von Ethnien, die sich uns überlegen fühlen, einfach beschuldigt, den Klimawandel zu verschlimmern,“ bedauert Ndumiso.



JEFFREY MOYO
ist Journalist und lebt
in Harare, Simbabwe.

moyjeffrey@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
58. Jg. 2017
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
<http://www.engagement-global.de>

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführer:
Oliver Rohloff

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66,
Fax (0 69) 75 01-48 55,
euz.editor@fs-medien.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.
Art direction: Sebastian Schöpsdau, Layout: Nina Hegemann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer, Carola Torti

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH,
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fs-medien@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kuhresenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



VENEZUELA

Vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts zur Diktatur

Venezuela ist von einer tiefen Regierungskrise gezeichnet, die mit Verstößen gegen die Verfassung und mit schweren Menschenrechtsverletzungen einhergeht. Das Land steht nun am Scheideweg: Richtung offener Diktatur oder Richtung Wiederherstellung der Demokratie.

Von Francine Jácome

Der wirtschaftliche, soziale und politische Niedergang Venezuelas hat in den letzten Monaten der Präsidentschaft von Hugo Chávez im Jahr 2012 begonnen und sich unter dessen Nachfolger Nicolás Maduro verstärkt. Lebensmittel und Medikamente sind knapp; es gibt gravierende Engpässe im Gesundheitswesen und in der Versorgung mit Wasser, Strom, Gas und Benzin. Die Sicherheitslage verschlechtert sich zusehends. Zudem wird für 2017 eine Inflationsrate von bis über 1000 Prozent erwar-

tet und eine Rezession von 4,5 Prozent. Die soziale Ungleichheit wird ebenfalls weiter zunehmen.

Die Unzufriedenheit der Menschen, die sich seit 2014 in öffentlichen Protesten zeigte, hat sich seit April 2017 verschärft. Es gibt ständig Demonstrationen im ganzen Land. Auslöser waren vor allem zwei Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs, die dem von der Opposition dominierten Parlament seine Kompetenzen entzogen haben.

Die Opposition warf der Regierung einen „Putsch von oben“ vor. Überraschenderweise urteilte die als „chavistisch“ geltende Generalstaatsanwältin, dass die Entscheidungen die Verfassung verletzen. Das Oberste Gericht besserte teilweise nach, doch der Vorwurf des Staatsstreichs steht nach wie vor im Raum.

Am ersten Mai eskalierte der Konflikt weiter, nachdem Maduro angekündigt hatte, eine neue verfassunggebende Versammlung einzuberufen, um die Verfassung von 1999 zu ändern – die wichtigste Hinterlassenschaft seines verstorbenen Vorgängers Chávez. Im Gegensatz zu 1999 und im Widerspruch zur Verfassung soll es diesmal keine Volksabstimmung über die verfassunggebende Versammlung geben.

Außerdem kündigte Maduro sogenannte Sektorwahlen für dieses Gremium – zusätzlich zu geografischen Wahlkreisen – an, zum Beispiel unter Studenten, Unternehmern oder Indigenen. Für solche Wahlen gibt es keine Rechtsgrundlage. Experten zufolge versucht das Maduro-Lager auf diese Weise, eine Überrepräsentation zu erreichen. Es könnte so die Mehrheit mit nur 20 Prozent der Gesamtstimmen gewinnen. Umfragen zufolge lehnen 80 Prozent der Menschen die Initiative ab.

Die Generalstaatsanwältin und weitere hochrangige regierungsnahe Beamte lehnen die von Maduro einberufene verfassunggebende Versammlung ab. Sie

spaltet den „Chavismo“. Laut dem Oppositionsbündnis MUD stellt sie eine Fortsetzung des Staatsstreichs dar und ist für die Eskalation der – ursprünglich friedlichen – Proteste verantwortlich.

Die Regierung reagiert mit zunehmender Repression durch die Sicherheitskräfte. Die Folge sind bisher mehr als 70 Tote, 10 000 Verletzte und mehr als 3000 Festgenommene, von denen 1400 weiterhin in Haft sind. Mehr als 370 Zivilisten mussten sich vor Militärgerichten verantworten, was gegen die Verfassung ist.

Die Situation in Venezuela stellt sich nicht nur für die Bürger des Landes, sondern auch für die internationale Gemeinschaft als höchst unsicher, chaotisch und besorgniserregend dar. Vier politische Faktoren sind dafür grundlegend:

- Die institutionelle Krise
- Der Verlust des Wahlrechts
- Der zunehmende Militarismus der Regierung und die Militarisierung der Gesellschaft
- Die politischen Gefangenen

Der wichtigste Indikator ist der Verlust der Legitimität durch Wahlen. Laut Verfassung sollten im Dezember 2016 Gouverneurswahlen stattfinden, diese wurden jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Gleiche gilt für die Volksabstimmung über die Amtsenthebung des Präsidenten. Zudem untergraben die neuen Regeln zur Wahl der Mitglieder der vorgeschlagenen verfassunggebenden Versammlung die Verfassungsnorm universaler, freier und geheimer Wahlen. Das Volk wird seines Rechts zu wählen beraubt.

Es gibt nun zwei Möglichkeiten, wohin sich das Land bewegt: in Richtung einer offenen Diktatur oder in Richtung Wiederherstellung der Demokratie. Im Moment liegt eine Pattsituation vor. Um weitere Gewalt zu verhindern, muss ein Dialogprozess in Gang gesetzt werden. Die internationale Gemeinschaft kann eine wichtige Rolle dabei spielen, die Bedingungen herzustellen, die einen solchen Prozess möglich machen.



FRANCINE JÁCOME
ist Geschäftsführerin und
Forscherin am Venezuelan
Institute for Social and
Political Studies (INVESP).

fjacome@invesp.org



Demonstration gegen Venezuelas Regierung in der Hauptstadt Caracas.

AFRIKA

Ohne Steuern keine Entwicklung



Entwicklung braucht Finanzierung.

Afrika ist der Chancenkontinent des 21. Jahrhunderts: Rund die Hälfte der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften liegt in Afrika. Afrika ist gleichzeitig ein Kontinent mit großen Herausforderungen: Bis 2050 wird sich die Bevölkerung verdoppeln. Jedes Jahr streben fast 20 Millionen junge Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt.

Von Thomas Silberhorn

All diese Menschen brauchen Zugang zu Bildung, Ausbildung, Gesundheitssystemen. Überall auf dem Kontinent muss daher in zusätzliche Infrastruktur investiert werden: Schulen, Universitäten, Straßen müssen gebaut, eine Trinkwasser- und Energieversorgung muss sichergestellt werden. Die Vereinten Nationen beziffern den Investitionsbedarf Afrikas für die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele auf 600 Milliarden Dollar – jedes Jahr! Eine Mammutaufgabe, die aus öffentlichen Entwicklungsgeldern allein nicht zu stemmen ist.

Wir brauchen daher eine neue Dimension der Zusammenarbeit mit Afrika, die alle Politikbereiche einschließt. Dafür steht der Marshallplan mit Afrika, den Bundesentwicklungsminister Gerd Müller

Anfang des Jahres vorgelegt hat. Als G20-Präsidentschaft haben wir außerdem eine neue Investitionspartnerschaft mit Afrika auf den Weg gebracht, mit der wir im Schulterchluss mit den 20 großen Industrienationen der Welt die Investitionen in Afrika fördern wollen.

Investitionen fördern bedeutet nicht nur, bessere Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft zu schaffen oder das Engagement der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit auszubauen. Viele unserer afrikanischen Partner sehen den Schlüssel für Investitionen zu Recht in der Erhöhung der staatlichen Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben und in der Bekämpfung der Steuerflucht.

Steuern erhöhen – kaum eine Maßnahme ist in Deutschland weniger populär. Ausreichende Einnahmen sind aber das Rückgrat eines jeden funktionierenden Staates. Wenn ein Staat seine Aufgaben angemessen wahrnehmen soll, muss er diese auch finanzieren können. Oder um es anders auszudrücken: ohne Steuern keine Entwicklung! Denn während in Afrika die Steuerquote, das heißt das Verhältnis von Steuereinnahmen zum Bruttonationaleinkommen, oftmals unter 20 Prozent liegt, ist

sie in Europa mit rund 35 Prozent fast doppelt so hoch.

Steuern sind daher längst ein wichtiges Feld der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Das Bundesentwicklungsministerium arbeitet bereits mit rund 30 Ländern zusammen, darunter Ghana, Malawi, Sambia oder Uganda. Dabei geht es nicht nur darum, die Steuerquote zu erhöhen, sondern auch, die Steuersysteme transparent zu gestalten und die Steuereinnahmen effizient zu investieren. So kann das Steueraufkommen zum Beispiel erhöht werden, indem ungerechtfertigte Steuererleichterungen abgeschafft oder die Abgaben für kleine und mittlere Unternehmen vereinfacht werden.

Der Aufbau effizienter Steuersysteme bedeutet auch, dass die Staaten gegen Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und illegale Finanzströme vorgehen müssen. Jedes Jahr gehen den afrikanischen Staaten über 50 Milliarden Dollar verloren, die sie für Investitionen dringend benötigen würden. Damit übersteigen die Fehleinnahmen sogar die weltweiten öffentlichen Entwicklungsgelder, die jährlich in Afrika investiert werden.

Auf der G20-Afrikakonferenz, die wir Mitte Juni ausgerichtet haben, hat die Bundesregierung daher eine Initiative zur Bekämpfung illegaler Finanzströme aus Afrika angestoßen. Gemeinsam mit den Regierungen Kenias und Italiens sowie mit der OECD hat Deutschland die „African Academy for Tax and Financial Crime Investigation“ auf den Weg gebracht. Sie wird in Nairobi afrikanische Steuerfahnder und Justizbeamte schulen, um gezielter gegen Steuerhinterziehung und andere Finanzstrafataten vorgehen zu können.

Transparente, gerechte und effiziente Steuersysteme sind ein wichtiger Baustein dafür, dass Afrika nicht nur ein Chancenkontinent bleibt, sondern sich als dynamischer Wirtschaftsraum etabliert und seinen Menschen ausreichend Jobs und Perspektiven bietet.



THOMAS SILBERHORN
ist Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium
für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).
<http://www.bmz.de>

FUNDAMENTALISTISCHE VIELFALT

Widerstreitende Islamismen

Einige arabische Staaten haben die diplomatischen Beziehungen mit Katar und sogar den Handel abgebrochen. Dass arabische Länder gemeinsam einen kleinen Nachbarn boykottieren, ist neu. Unterschiedliche Ansichten darüber, welche Art von Islamismus legitim sind, tragen zu den Spannungen bei.

Von Maysam Behravesh

Auf den ersten Blick mag der aktuelle Streit wie die üblichen Streitereien zwischen Sunniten und Schiiten erscheinen, die es seit Jahrhunderten gibt. Diesmal werden aber alle beteiligten Staaten von Sunniten regiert – und sie sind sich uneins darüber, welche Islamisten als Extremisten bekämpft werden müssen. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Ägypten lehnen Katars Haltung dazu ab.

Das Weltbild der Saudis bestimmt der rückwärtsgewandte Wahhabismus, der den Status Quo erhalten will. Es handelt sich um eine puritanische Auslegung des Islam, mit der Riad schon lange die Staatsmacht und die Herrschaft der Saud-Familie festigt.

Die Saudis finanzieren schon lange Missionare, die ihren Fundamentalismus in

der gesamten muslimischen Welt predigen. Die Ideologie hat noch radikalere Ableger hervorgebracht – von verschiedenen Formen des Salafismus, dessen Anhänger so leben wollen wie der Prophet vor 1400 Jahren, bis hin zu Terrororganisationen wie Taliban, Al Kaida und ISIS. Einige dieser Gruppen wenden sich mittlerweile gegen Saudi-Arabien, weil sie den Machtmissbrauch des Königshauses und dessen westliche Verbündete abstoßend finden.

Katar ist auch keine Demokratie, aber die Monarchen dieses Landes haben ein pluralistischeres Verständnis von Islam. Sie ermutigen die Debatte zwischen verschiedenen Strömungen, und der Sender Al Jazeera lässt das in sein internationales Programm einfließen. Es stört die Machthaber anderer arabischer Länder schon lange, dass die Redaktionen in Doha ein breites Publikum erreichen.

Während die Saudis nur Wahhabiten und diverse Ableger fördern, unterstützt Katar unterschiedliche islamistische Strömungen – sowohl revolutionäre als auch reformorientierte. Viele davon sind auf irgendeine Weise mit den Muslimbrüdern in Ägypten verwandt. Dort entstand die Bruderschaft im antikolonialen Kampf in der

ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ihre angestammte Haltung gegenüber staatlicher Macht ist Opposition, und sie haben sich nie an Saudi-Arabien orientiert.

Nach ihrem Vorbild entstanden ähnliche Gruppen in vielen Ländern. Zu ihren Verwandten zählen heute unter anderem die türkische AKP, die tunesische Ennahda und die palästinensische Hamas.

Katars Haltung zum Islamismus ist auf die Zukunft ausgerichtet und lehnt Wandel nicht grundsätzlich ab. In dieser Hinsicht gibt es Gemeinsamkeiten mit dem schiitischen Islam der iranischen Revolution. Dohas Beziehungen zu Teheran sind denn auch seit langem deutlich besser als Riads.

Im arabischen Frühling unterstützte Katar Proteste in der gesamten Weltregion. Davon profitierten beispielsweise die Muslimbrüder in Ägypten und Ennahda in Tunesien. Den Saudis machten die revolutionären Bewegungen dagegen Angst. Sie stemmten sich mit viel Geld, politischem Einfluss und militärischer Macht dagegen. Als Ägyptens Generäle im Juli 2013 den zum Präsidenten gewählten Muslimbruder Mohamed Mursi stürzten, war das aus Sicht von Al Jazeera ein Militärputsch. Auf Saudi-Arabien Al Arabiya war dagegen von einer vom Volk unterstützten Revolution die Rede.

Heute bietet Doha einflussreichen Muslimbrüdern Asyl. Ein prominentes Beispiel ist der ägyptische Theologe Yusuf al-Qaradawi. Ihren abrupten Beschluss, Katar zu isolieren, begründete die von Saudi-Arabien angeführte Staatengruppe damit, Doha unterstütze diverse terroristische und sektenhafte Gruppen, welche die Region destabilisierten. Dazu gezählt wurden die ägyptischen Muslimbrüder, Al Kaida in Syrien, ISIS und schiitische Gruppen im Irak sowie der saudischen Provinz Qatif. Dabei wurde auch Kooperation mit Iran vermutet.

Es gibt große ideologische Differenzen zwischen Katar und der Türkei einerseits und Saudi-Arabien und seinen Verbündeten andererseits. Sie haben aber auch gemeinsame geostrategische Interessen. Deshalb sind Entspannung und neue Annäherung durchaus möglich.



MAYSAM BEHRAVESH
ist Doktorand in
Politikwissenschaft
an der Universität Lund
in Schweden.

maysam.behravesh@gmail.com



Der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu besucht Emir Tamim bin Hamad Al Thani am 14 Juni 2017 in Doha.

GLOBAL GOVERNANCE

Das falsche Beispiel



Demonstranten im Juni vor dem Weißen Haus.

US-Präsident Donald Trump hat Anfang Juni mitgeteilt, sein Land steige aus dem Paris-Abkommen aus. Das war eine schlechte Nachricht. Klimaschutz kann ohne die USA eine Zeitlang vorangetrieben werden, aber eher früher als später müssen die USA wieder mitmachen. Die internationale Gemeinschaft muss entsprechend Druck auf das Weiße Haus ausüben.

Von Hans Dembowski

Trump sagte, er werde die „Implementierung des nichtbindenden Paris-Abkommens und seiner drakonischen finanziellen und wirtschaftlichen Lasten“ stoppen. Das war Unfug, denn ein nichtbindender Vertrag kann kaum drakonisch sein. Tatsächlich sind alle Zusagen im Kontext des Abkommens freiwillig und werden von der jeweiligen Regierung bestimmt.

Trump war es vielleicht nicht klar, aber mit seiner Rede hat er den Anspruch auf eine globale Führungsrolle vertan. Die Erde ist wegen des Klimawandels wie ein leckes Boot. Temperaturen und Meeresspiegel steigen. Wer führen will, muss an der Lösung dieses Problems arbeiten. Trumps Haltung bedeutet, dass andere das

Leck stopfen sollen und die USA ihren Teil der Verantwortung nicht tragen.

Die Pariser Zusagen müssen bekanntlich aufgestockt werden, wenn der Klimawandel nicht unkontrollierbare Schäden anrichten soll. Außer Nicaragua und Syrien machen alle Länder bei den freiwilligen Anstrengungen mit. Die USA sind mittelfristig unverzichtbar. Ihr Geld, ihre wissenschaftliches Potenzial und ihr Engagement werden gebraucht. Dennoch ist gewisser Fortschritt auch ohne das Weiße Haus möglich.

Trump ist im eigenen Land unbeliebt und steht vor großen Rechtsproblemen. Schon nächstes Jahr kann er seine Mehrheiten im Kongress verlieren. Die Gouverneure von Kalifornien, New York und anderen wichtigen Staaten lehnen seine Klimapolitik ebenso ab wie viele Bürgermeister und Spitzenmanager. Mit diesen Funktionsträgern muss sich die internationale Gemeinschaft verbünden.

Gut ist, dass die USA trotz Trump die Klimaziele erreichen dürften, die dessen Vorgänger Barack Obama für 2020 gesetzt hat. Die Wirtschaft scheut nämlich vor neuen Investitionen in neue Großanlagen für fossile Energie zurück. Sie sind ganz einfach zu riskant.

Positiv ist vielleicht auch, dass US-Diplomaten nun bei Klimaverhandlungen kaum noch bremsen können. Auf Aussteiger wird nun mal nicht gehört. Trump wird auch nicht viele Verbündete finden. Saudi-Arabien und Russland kommen in Frage – beide hängen von Öl- und Gasexporten ab, haben ihre Volkswirtschaften nicht diversifiziert und werden von Regimen beherrscht, die das Volk so sehr fürchten, dass sie Grundrechte beschneiden.

Das mag Trumps autoritären Neigungen entsprechen, reduziert aber noch mal den Führungsanspruch seines Landes. Die USA haben den Kalten Krieg gewonnen, weil ihr Vorbild von Demokratie und Freiheit inspirierte. Die „soft power“ attraktiver Erfolge erwies sich als ebenso wichtig wie die „hard power“ militärischer Stärke.

Den Regierungen der meisten Entwicklungsländer ist klar, dass der Klimawandel echt ist und die Zukunft ihrer Länder von erfolgreichem Gegensteuern abhängt. Sie werden sich eher der EU und China anschließen, die entsprechend handeln wollen.

In Kenia wurde neulich übrigens eine neue Eisenbahnlinie – ein vergleichsweise energieeffizientes Verkehrsmittel – zwischen Nairobi und Mombasa eingeweiht. Sie wurde von China finanziert und gebaut. Die Volksrepublik unterstützt die Verbesserung der Infrastruktur auch in vielen anderen Ländern – während das Weiße Haus die offizielle Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) zusammenstreichen will. Was überzeugender wirkt, ist klar.

Die internationale Gemeinschaft muss nun zeigen, dass sie Klimaschutz ernst meint, und den erratischen Staatschef im Weißen Haus isolieren.

Angesichts globaler Herausforderungen wie des Klimawandels, ist Trumps Null-Summen-Denken, dem zufolge der Erfolg einer Partei immer auf Niederlagen anderer Parteien beruht, schlicht nicht mehr akzeptabel.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von
**E+Z Entwicklung und
Zusammenarbeit /
D+C Development and**

Cooperation.

euz.editor@fs-medien.de

Marshallplan mit Afrika muss gelingen

Betrifft: Interview mit Bundesminister Gerd Müller zu: „Das kann nur gemeinsam gelingen“ in E+Z/D+C e-Paper 2017/05, S. 20.

Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat einen Marshallplan mit Afrika vorgeschlagen. Außerordentlich positiv zu bewerten sind die Klarheit und der Mut bei der Beschreibung der Lage in Afrika und bei den entwicklungspolitischen Herausforderungen.

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Afrika bei 50 Prozent. Wegen Perspektivlosigkeit und der fehlenden Aussichten auf Arbeitsplätze stehen viele junge Menschen in Afrika vor der Entscheidung, die Flucht über das Mittelmeer zu wagen und in Europa das Heil zu suchen. Jetzt müssen 20 Millionen neue Arbeitsplätze pro Jahr in Afrika geschaffen werden. Dazu bedarf es konkreter Antworten.

Müller will niemanden zurück lassen, spricht aber auch eindeutig aus, dass korrupte Eliten in vielen Ländern noch zu viel Einfluss haben. Wie aber können Länder unterstützt werden, die wegen Korruption im Elend verharren?

In solchen Fällen dürfen Fördermittel nicht an die Regierungen, sondern müssen direkt an die Menschen geleitet werden. Wenn die Entwicklungspolitik sich darauf konzentriert, kann sie die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Unterstützung von Millionen



Bundesminister Gerd Müller besucht ein polytechnisches Trainingszentrum in Kigali, Ruanda.

kleiner und mittelständischer Betriebe voranbringen.

Allerdings verfügen noch zu wenige Durchführungsorganisationen über Erfahrungen bei dieser Art von Mittelstandsförderung. Was funktioniert, ist aber bekannt. So muss etwa der Zugang zu Krediten und anderen Finanzdienstleistungen möglich werden, wobei auf die positiven Erfahrungen der Mikrofinanzierung zurückgegriffen werden kann. Inzwischen gibt es weltweit 190 Millionen Existenzgründerinnen und 10 Millionen Existenzgründer, die Kleinkredite erhalten haben und sie zu über 95 Prozent zurückzahlen.

In Afrika warten tausende leistungsfähiger kleinerer Mikrobanken auf Unterstützung beim Ausbau ihrer Filialnetze und der Refinanzierung. Wäh-

rend sich die Mikrofinanzierung bisher auf Existenzgründungen konzentrierte, muss jetzt vor allem auch die Kreditversorgung vorhandener Betriebe massiv angegangen werden. Dies wäre übrigens auch eine besonders wichtige Form der Förderung von Frauen, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel richtig erkannt hat.

Es wird im Übrigen in Afrika keine sicheren Arbeitsplätze geben, wenn nicht auch gewaltige Anstrengungen zur Ausbildung unternommen werden. In den vergangenen Jahrzehnten hat es allerdings nur wenige gute Berufsausbildungsprojekte gegeben. Die meisten sind im Sumpf von staatlicher Vetternwirtschaft und Bestechung untergegangen.

Es gilt jetzt, aus Fehlern zu lernen. Wesentlich ist

es, nach Vorbild des dualen Systems in Deutschland die Betriebe entscheidend in die Ausbildung einzubeziehen. Die Unternehmen und ihre Selbstverwaltungsorganisationen müssen die Träger der beruflichen Bildung werden. Sie können dafür gewonnen werden, denn es ist in ihrem Interesse, Praxisrelevanz zu gewährleisten und sicherzustellen, dass sie auf Dauer kompetente und zuverlässige Mitarbeiter haben. Wir Deutsche können ihnen dabei helfen.

Diese Dinge müssen beherzigt werden. Dann kann ein Marshallplan mit Afrika gelingen.

Prof. Dr. Winfried Pinger, Köln, ehemaliger Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

MENSCH-TIER-GESUNDHEIT

Erst stirbt das Tier, dann der Mensch

Mehr als 780 Millionen Menschen haben kein sauberes Wasser zur Verfügung, und 2,5 Milliarden Menschen fehlt es an ausreichender Sanitärversorgung. Dabei ist der Zugang zu beidem unabdingbar für die Gesundheit aller Menschen. Auch Tiere brauchen Wasser, und in dem engen Zusammenspiel von Mensch und Tier, das nach wie vor in einem Großteil des ländlichen Raumes dieser Welt vorherrscht, sind die Verflechtungen von Wasser und Mensch-Tier-Gesundheit offensichtlich.

Von Cornelia Heine

Am Horn von Afrika leben viele Millionen Menschen, die sich den großen Herausforderungen von Dürre und Wassermangel stellen müssen – gemeinsam mit ihren Tieren. Mehr als 20 Millionen Menschen sind dort Wanderviehirten, auch Pastoralisten genannt. Denn Ackerbau ist in den wüsten- und halbwüstenartigen Gegenden kaum möglich. Diese Menschen haben keinen festen Wohnsitz, sondern ziehen mit ihren Tieren auf der Suche nach Wasser und Weidegründen umher. Am Horn von Afrika sind das vor allem Kamele, Rinder, Ziegen und Schafe.

Wasserquellen sind Dreh- und Angelpunkt der nomadischen Lebensweise. Sterben die Tiere aufgrund von Wassermangel, ist gleichzeitig die Existenz der von ihnen abhängigen Menschen bedroht. Die jüngste Dürre am Horn von Afrika zeigt deutlich: Erst sterben die Tiere, dann die Menschen.

Relevant ist jedoch nicht nur der Tod von Tieren durch Verdursten. Chronischer Wassermangel und die damit verbundenen Auswirkungen setzen dem Immunsystem zu. Denn wo Wasser knapp ist, gibt es auch schnell kein Weideland mehr, und so sind die Tiere nach einiger Zeit schwach und unterernährt. Parasiten und Infektionskrankheiten haben dann leichtes Spiel. Zudem breiten sich die Krankmacher schneller als sonst üblich von Tier zu Tier aus, da das Gedränge der Tiere an den wenigen noch verfügbaren Wasserstellen stark zunimmt. Eine weitere Auswirkung von Wassermangel ist, dass die Tiere weniger Milch geben, denn das kostet den Körper viel Energie. Somit geht den Menschen eine wichtige Ernährungsgrundlage verloren. Vor allem Kinder unter fünf Jahren sind auf die nahrhafte und vitaminreiche Ziegen- oder Kamelmilch angewiesen.

Auch beim Menschen gibt es Erkrankungen, die typisch für Gegenden mit Wassernot sind, zum Beispiel das Trachom, eine durch Bakterien verursachte Augenkrankheit (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/06, S.29). Weltweit sind fast 2 Millionen Menschen aufgrund eines Trachoms erblindet. Es ist weltweit die verbreitetste ansteckende Ursache von Blindheit. Übertragen wird die Krankheit unter anderem durch mangelnde Hygiene, zum Beispiel durch das Nutzen verschmutzter Handtücher durch mehrere Menschen, was oft mit Wassermangel in Verbindung steht.

Fliegen übertragen die Krankheit ebenfalls, und diese halten sich oft in der Nähe von Tieren auf. Daher kann es sinnvoll sein, getrennte Wasserstellen für Menschen und Tiere zu haben.

VERÄNDERTE UMWELTBEDINGUNGEN

Ausbleibender Regen oder starke Stürme mit Überschwemmungen führen zu veränderten Umweltbedingungen. Hierdurch steigt mancherorts für Menschen und Tiere das Risiko, an bestimmten Krankheiten zu erkranken. So kann ein durch Wassermangel karger, wenig Nahrung bietender Boden unter Umständen Gefahren bergen: Auf der Suche nach den letzten Halmen grasen die Tiere näher am Boden und scharren mit den Hufen die Erdkruste auf. Hier kann eine tödliche Gefahr lauern: Anthrax.

Die Substanz, auch Milzbrand genannt, ist unter anderem durch die Anschläge in den USA im Jahr 2001 bekannt, als mehrere Briefe mit Milzbrandsporen an Nachrichtensender und Senatoren verschickt wurden. Das Bakterium *Bacillus Anthracis* produziert ein hochgiftiges Toxin und ist somit als Biowaffe verwendbar. Tiere, die sich mit dem Erreger infizieren, sterben typischerweise einen plötzlichen Tod ohne vorhergehende erkennbare Symptome. Gefährlich für den Tierhalter wird es, wenn er versucht, den Tierkörper zu verwerten, also etwa die Häute zur Ledergewinnung zu nutzen. Die Ansteckungsgefahr mit Milzbrand ist sehr hoch, denn Anthrax gehört zu den Zoonosen, ist also eine vom Tier auf den Menschen übertragbare Krankheit.

Das Wissen um die Rolle von Wasser als Lebensspender, aber auch als potenzielles Sammelbecken von Erregern, die Menschen und Tiere gleichermaßen befallen können, ist unabdingbar im Sinne eines



Im ländlichen Afrika leben viele Menschen eng mit ihren Tieren zusammen. Hirte in Äthiopien.

ganzheitlichen Ansatzes zur Erkennung von gesundheitlichen Risiken, die das Zusammenleben von Mensch und Tier mit sich bringt. Man denke hier nicht nur an die weltweit zirka 500 Millionen Wanderviehalter, sondern auch an die Millionen Kleinbaubauern und Hinterhoftierhalter, die eng mit ihren Tieren zusammenleben.

Ein Einzeller, der für Menschen und Tiere gefährlich ist und durch von Fäkalien verunreinigtes Wasser übertragen wird, ist beispielsweise *Cryptosporidium parvum*. Die durch ihn hervorgerufene Erkrankung, die sich in wässrigem Durchfall und Magenkrämpfen äußert, wird als Kryptosporidiose bezeichnet. Problematisch ist sie vor allem bei Säuglingen und immunsupprimierten Personen. Bei Aidskranken kann der parasitisch lebende Einzeller zum Tode führen. Gemeinsam genutzte Wasserstellen von Menschen und Tieren sind unter anderem in Ostafrika eine Möglichkeit der Krankheitsübertragung, wenn Kinder in den verschmutzten Pfützen spielen oder aber es zu einem Eintrag von Fäkalien ins Grundwasser kommt.

Auch der in Wasser oder Schlamm vermischte Urin von Tieren kann gefährliche Infektionen verbreiten, zum Beispiel die Leptospirose. Leptospiren sind kornknieherartig geformte, bewegliche Bakterien. Die Erreger gelangen über den Urin infizierter Säugetiere (Ratten, Hunde, Mäuse,

Schweine) in die Umwelt. Obwohl prinzipiell jedes Säugetier mit Leptospiren infiziert werden kann, kommt Kleinsäugetern – insbesondere Nagetieren – weltweit die größte Bedeutung zu.

Die den Erreger in sich tragenden Tiere erkranken in der Regel nicht an einer Leptospirose, scheiden jedoch den Keim zum Teil lebenslang im Urin aus. Durch kleine Hautverletzungen oder über die Schleimhaut kann sich der Mensch infizieren. Oftmals geschieht dies durch verunreinigtes Wasser oder Schlamm. Die Krankheit kann mild und grippeähnlich verlaufen. Es gibt aber auch schwere Verläufe mit Gelbsucht, Nierenversagen oder Hirnhautentzündung. Zwei bis zehn Prozent der unbehandelten Fälle enden tödlich.

Ein enges Zusammenleben von Mensch und Tier oder unhygienische Bedingungen, die das Auftreten von Nagern begünstigen, fördern das Auftreten dieser Zoonose. Nach plötzlichen starken Regenfällen, gefolgt von Überschwemmungen und Schlamm bildung, kann es ebenfalls gehäuft zu Erkrankungen kommen. Leptospirose ist eine klassische Erkrankung nach Naturkatastrophen und sollte allen Gesundheitsfachkräften ein Begriff sein, die im Bereich Wasser und Sanitär in der humanitären Hilfe in Notunterkünften arbeiten. Ein integrierter Projektansatz im Sinne von One Health, also der Berück-

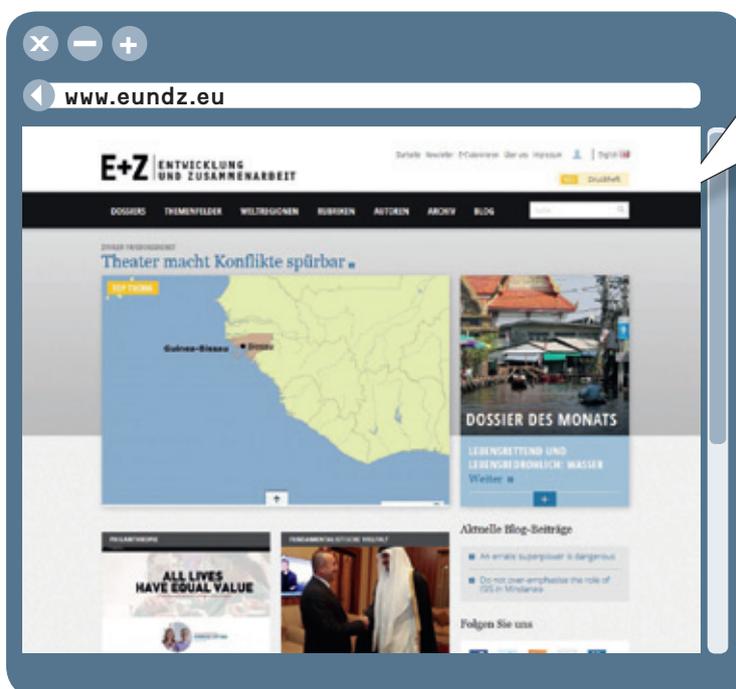
sichtigung von Mensch, Tier und Umwelt, ist dem Verein Tierärzte ohne Grenzen schon lange ein Anliegen. Die Nichtregierungsorganisation führt Projekte in Ostafrika durch. Zielgruppe sind Menschen, deren Existenzgrundlage von der Tierhaltung abhängt. Der Verein arbeitet unter anderem in den Bereichen Ernährungssicherung, Tiergesundheit, Dürreprävention, Landwirtschaft sowie Wasser- und Sanitärversorgung.

Ein Projektgebiet ist die Afar-Region Äthiopiens. Mit Temperaturen, die 50 Grad überschreiten können, ist diese Halbwüstenregion der Größe Irlands einer der heißesten Orte der Erde. Ziel der Projekte ist es, die Versorgung der Bevölkerung sowie der Tiere mit Wasser sicherzustellen. Das geschieht zum Beispiel durch die Instandsetzung von Wasserstellen und den Bau von Wasserauffangbecken und Bodenschutzmaßnahmen, um die Feuchtigkeit länger in der Erde zu halten. Aber auch Hygieneaufklärung und das Abgrenzen von Wasserstellen in Bereiche für Menschen und Tiere fallen darunter.



CORNELIA HEINE
ist Referentin für
internationale Tiergesundheit
und Pastoralismus bei
Tierärzte ohne Grenzen e. V.

cornelia.heine@toge.de



Besuchen Sie unsere Website unter www.EundZ.eu



Neuer Wissensbedarf

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung fordert eine Neuausrichtung globaler Entwicklungspolitik. Sie beinhaltet scheinbar einfache Universalitätsprinzipien: Die Agenda gilt für alle Staaten, niemand soll zurückgelassen werden, und alle sollen zusammenarbeiten. Doch diese Leitprinzipien haben weitreichende Konsequenzen für die begleitenden Wissenssysteme.

Von Martin Noltze und Sven Harten

Herausforderungen bestehen vor allem in drei Bereichen. Erstens stellt der universale Anspruch der Agenda hohe Ansprüche an die bisherigen Informationssysteme. Die Komplexität erhöht den Datenbedarf und

erfordert methodische Innovationen. Dazu gehört auch die Stärkung von Kapazitäten in der Sammlung und Verarbeitung von Daten durch die Nutzung neuer Technologien.

Zweitens erfordert die Umsetzung der Agenda die Bildung neuer Entwicklungspartnerschaften. Neben traditionellen Gebern und deren Partnern aus der Wissenschaft sollen zunehmend zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure einbezogen werden. Für neue Formen der Kooperation braucht es auf allen Seiten zeitgemäßes Wissen über geeignete Strategien und Ansätze.

Drittens muss die Nutzbarkeit und Nützlichkeit von Wissen erhöht werden. Viele Informationen entsprechen nicht dem

Bedarf und liegen ungenutzt in den Datenbanken einzelner Organisationen. Um die Nützlichkeit zu erhöhen, müssen Wissenslücken identifiziert und zeitnah entwicklungsrelevante Informationen generiert werden.

NEUE DATEN UND METHODEN

In den ersten Jahren nach der Verabschiedung der Agenda 2030 im September 2015 hinkt die Neujustierung der Wissenssysteme dem Stand der Umsetzung hinterher. Das ist problematisch, da Entscheidungen folglich auf eingeschränkter Evidenz beruhen. Die Komplexität liegt im Zielsystem begründet.

Die 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) der Agenda 2030 betreffen soziale, ökonomische und ökologische Dimensionen menschlicher Entwicklung. Dem universellen Anspruch der Agenda zufolge gelingt nachhaltige Entwicklung nur durch den Einklang dieser drei Dimensionen. Das Grundprinzip lautet: Kein Ziel darf zu Lasten anderer Ziele gehen. Dadurch entsteht neuer Wissensbedarf im Hinblick auf die Wechselwirkungen unterschiedlicher Entwicklungsstrategien. Das ist keine leichte Aufgabe für die Evaluierungsexperten.

Damit einhergehend, wirft das Prinzip der Rechenschaftslegung die Frage auf: Wer hat auf welche Weise welchen Anteil zu welchem Ergebnis beigetragen? Hierbei kommt es besonders darauf an, die zugrundeliegenden Ursache-Wirkungs-Beziehungen eindeutig zu bestimmen.

Um die Relevanz von Monitoring und Evaluation (M&E) für evidenzbasierte Politikgestaltung zu erhöhen, müssen Wissenslücken geschlossen und Informationen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene bereitgestellt werden. Dazu muss die Stärkung der statistischen Kapazitäten im Rahmen der Initiative Paris 21 unterstützt werden. Daten nationaler Statistikämter können durch große Datensätze der Weltbank ergänzt werden, zum Beispiel durch die Demography and Health Surveys (DHS) oder die Living Standards Measurement Surveys (LSMS). Zudem gibt es verschiedene methodische Innovationen, darunter den Progress out of Poverty Index (PPI) der Grameen Foundation oder SWIFT (Survey of Well-being via Instant and Frequent Tracking) der Weltbank, die



Die Auswertung des Gebrauchs von Mobiltelefonen, wie hier in einem Slum in Nairobi, kann dazu beitragen, Trends vorherzusagen.

es erlauben, auch in datenarmen Kontexten kostengünstig zuverlässige Informationen zu sammeln.

Internationale Initiativen wie die International Aid Transparency Initiative (IATI) dienen der gemeinsamen Rechnungslegung, Kooperation und Planbarkeit und sollten verstärkt genutzt werden. Wichtig ist der freie Zugang zu Informationen. Hierbei spielen neue Akteure, wie etwa die Bill & Melinda Gates Foundation, eine Vorreiterrolle. Sie investieren zum Teil bereits erheblich in neue Wissenssysteme.

Mobile Technologien, soziale Medien und Satellitendaten finden zunehmend Eingang in M&E-Systeme. Besonders innovativ ist das sogenannte Machine Learning, bei dem große Datensätze ausgewertet werden, um Trends vorherzusagen. Beispielsweise hilft die Analyse der Nutzung von Mobiltelefonen, die Ausbreitung von Epidemien (etwa Ebola) vorherzusagen.

Allerdings sind neue und große Datensätze kein Allheilmittel, da sie oft nur große Trends und Wahrscheinlichkeiten abbilden und selten die Gründe aufdecken. In der Integration von Big Data (s. E+Z/D+C e-Paper 2017/01, S.30) und Machine Learning in komplexe Evaluierungen, die zusätzliche empirische Daten erfassen, liegt jedoch ein enormes Potential, das bisher nur ansatzweise ausgeschöpft wird.

NEUE PARTNERSCHAFTEN

Neue Anforderungen ergeben sich auch durch die neuen Partnerschaften, die im Zuge der Agenda 2030 entstehen. Während M&E im Bereich der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit über einen vergleichsweise hohen Institutionalierungsgrad verfügt, wurden die Entwicklungsbeiträge der Privatwirtschaft lange Zeit weitestgehend isoliert und lediglich im unternehmerischen Sinne betrachtet. Jetzt ist eine Abkehr von M&E-Systemen gefordert, die sich nach den Bedarfen einzelner Akteure – oft der Geber – richten.

Auch die Rechtzeitigkeit von M&E-Erkenntnissen ist ein wichtiger Aspekt. Dazu sind vor allem prozessuale und technische Innovationen im Hinblick auf die Verbreitung und Nützlichkeit von Wissen nötig. Gerade in diesem Bereich sind neue Akteure wie private Unternehmen und Stiftungen Vorreiter, zum Beispiel Telekommunikationsunternehmen in Afrika: Einerseits die-

nen Informationen, die für neue Produkte erhoben werden, als Grundlage für unternehmerische Entscheidungen. Andererseits helfen sie traditionellen Gebern, spezifische Dienstleistungen für ärmere Bevölkerungsschichten einzuführen.

Der Erfolg solcher neuen Kooperationen hängt oftmals davon ab, inwieweit es den beteiligten Akteuren gelingt, die jeweils andere Perspektive anzuerkennen. Traditionelle Geber müssen akzeptieren, dass Daten nicht zwangsläufig ein freies, sondern ein begehrtes Gut darstellen. Privatunternehmen müssen hingegen erkennen, dass gemeinsame Entwicklungserfolge letztlich allen zugutekommen, sich privatwirtschaftlicher Nutzen aber mitunter erst mittel- bis langfristig einstellt.

ERHÖHUNG DER NÜTZLICHKEIT

Große Teile entwicklungsrelevanten Wissens sind entweder nicht frei zugänglich, unzureichend aufbereitet oder entsprechen nicht dem Bedarf. Durch ihren universalen Charakter erfordert die Agenda 2030 jedoch nützliche Informationen auf unterschiedlichen Ebenen. M&E kann nicht länger die exklusive Domäne der Geber sein, sondern muss in enger Abstimmung mit lokalen Partnern geschehen.

Meta-Analysen und Synthesestudien erhöhen die Relevanz von Erkenntnissen und leisten wichtige Beiträge zum Lernen auf regionaler und globaler Ebene. Plattformen wie die International Initiative for Impact Evaluation (3ie) erarbeiten globale Wissenskarten und identifizieren Wissenslücken.

Schließlich liegt großes Potenzial in der Förderung von evaluativem Denken auf Seiten der verschiedenen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Mehr denn je ist die M&E-Gemeinschaft gefordert, Wissen und Informationen zeitgemäß und bedarfsgerecht aufzubereiten. Dies verlangt nach innovativen Formen der Wissensvermittlung und kann nur durch eine aktive und von allen Seiten geförderte Integration von M&E in die Prozesse der Entwicklungspolitik erfolgen.

FAZIT

Selten gab es in der internationalen Zusammenarbeit ein so gutes politisches Momentum für evidenzbasierte Entscheidungen.

Der Reviewmechanismus der Agenda 2030 ist ein Ausdruck dieses Bedeutungszuwachses. Bisher hinkt die Ausgestaltung der M&E-Systeme der begonnenen Umsetzung der Agenda hinterher. Diese Dynamik gilt es umzukehren. Die Entscheidungen von heute müssen zunehmend durch die Bereitstellung zeitgemäßer und nützlicher Informationen unterstützt werden.

Für den Einklang von Information, Konzeption und Umsetzung bedarf es mehr strategisch relevanter Evaluierungen, die komplexe Gegenstände auch mithilfe empirischer Methoden beleuchten. Die dafür benötigten M&E-Systeme müssen auch neue Datensätze einbeziehen und die dafür notwendigen technischen und methodischen Voraussetzungen schaffen. Gleichzeitig müssen neue und vielfältige Akteure einbezogen werden, sowohl bei der Generierung von Daten als auch in Bezug auf die Nutzung von Wissen.

Initiativen, die die Verzahnung von Wissens- und Informationssystemen und entwicklungspolitischen Entscheidungen vorantreiben, sollten öffentlich gefördert werden. Gleichzeitig brauchen Wissensplattformen Unterstützung durch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, indem relevante Informationen weitergegeben werden. Daten und Informationen sollten so aufbereitet werden, dass Wissen für unterschiedliche Gegenstände und übergreifende Fragestellungen vermehrt wird. Letztlich muss die Akzeptanz einer gemeinsamen Lernkultur aller Beteiligten gefördert und so die Nützlichkeit einer bedarfs- und zeitgerechten Bereitstellung von Informationen erhöht werden.



MARTIN NOLTZE
ist Senior Evaluator
am Kompetenzzentrum
Methoden des
Deutschen Instituts für

Entwicklungszusammenarbeit (DEval).
martin.noltze@deval.org



SVEN HARTEN
ist Leiter des
Kompetenzzentrums
Methoden und
stellvertretender

Direktor des DEval.
sven.harten@deval.org

Landbesitz

In vielen Weltgegenden ist umstritten, wer Grund und Boden auf welche Weise nutzen darf. Gewohnheitsrecht und kodifiziertes Recht passen oft nicht zusammen. Landbesitz wird aber aufgrund von Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Urbanisierung immer wichtiger. Denen, die vertrieben werden, droht Not und Elend. Kluge Rechtsreformen können dem entgegenwirken und Konflikte verhindern. Mächtige Interessengruppen haben daran aber nicht unbedingt Interesse. Die verschiedenen Träger des deutschen Zivilen Friedensdienstes, den die Bundesregierung über Engagement Global fördert, setzen sich für nachhaltige und gewaltfreie Lösungen ein.



Slum in Phnom Penh: In vielen Städten weltweit investieren Bewohner von Elendsvierteln nicht in ihre Heime, weil sie nicht wissen, wie lange sie bleiben können.

Wurzeln der Gewalt

Meist heißt es, der Grund für politische Unruhen in Kenia seien ethnischen Spannungen. Übersehen wird dabei die Bedeutung von Streit über Land. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass ethnische Spannungen und Landkonflikte zusammenhängen.

Von Paul Kawegah

Lange vor Kenias Unabhängigkeit begannen Teile der Elite, sich Grundstücke für ihren persönlichen Nutzen anzueignen. Dabei war es nützlich, dass den Regeln der britischen Kolonialmacht zufolge der Gouverneur im Auftrag der Krone das gesamte Land treu-

vertrieben. Viele sind weiterhin Binnenflüchtlinge (siehe Kasten, S. 20). Was bei den diesjährigen Wahlen geschehen wird, war Anfang Juni, als dieser Beitrag fertiggestellt wurde, nicht abzusehen.

Leider endete mit der Kolonialherrschaft 1963 nicht auch die Praxis des staatlich unterstützten Landraubes. Kenia ist eine Nation mit hoher kultureller Vielfalt. In den meisten Regionen dominiert jeweils eine ethnische Gruppierung, die mit einigem Grund findet, das Land gehöre historisch ihr. Die angestammte Bevölkerung hält alle, die andere Sprachen sprechen und andere Traditionen haben, für „Fremde“ oder gar „Eindring-

Die Infrastruktur wurde meist so angelegt, dass sie den mächtigsten Gruppen dient. Das verschärft die Unzufriedenheit. Seit der Kolonialzeit ist zudem auch das Rechtssystem Kenias auf den Schutz einflussreicher Gruppen ausgerichtet, so dass das heutige formale Recht nur bedingt hilfreich ist. Oft widerspricht es dem örtlichen Gerechtigkeitsempfinden. Dass Rechtsanwältinnen und andere akademisch gebildete Menschen immer wichtiger werden, geht zu Lasten des Einflusses der traditionellen Anführer. Zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützten zwar örtliche Gemeinschaften, aber sie sind oft überfordert und können nichts dagegen tun, dass die Landkonflikte immer komplexer werden und längst über Ortsgrenzen hinaus greifen, was lokale Kompromisse ebenfalls erschwert.

Einige abgelegene Countys in Kenia hatten schon immer ein ungünstiges Klima. Von der Kolonialzeit bis heute vernachlässigte der Staat diese Regionen. Sie sind dünn besiedelt und es mangelt an grundlegender Infrastruktur. Die dort heimische Ethnie betrachtet das Land aber stolz als ihr eigenes.

Wenn Öl gefunden wird, ändert das alles. In Turkana County haben sich Grundstückswerte beispielsweise vervielfacht. Große Flächen gehören nun Privatunternehmen und Individuen, die auf Ölförderung hoffen. Die örtliche Bevölkerung, die seit Generationen hier in Isolation lebte, bleibt aber weitgehend ausgeschlossen. Aus ihrer Sicht sind die Zugereisten nicht nur Eindringlinge, die Traditionen bedrohen, sondern brutale Ressourcenräuber.

Kenianische Regierungen haben verschiedene Anläufe gemacht, um historische Landkonflikte aufzuarbeiten. Mehrere Kommissionen wurden eingerichtet:

- 1999 die Commission of Inquiry into the Land Law System in Kenya (nach dem Vorsitzenden „Njonjo Commission“ genannt),
- 2003 die Commission of Inquiry into The Illegal/Irregular Allocation of Public Land („Ndungu Commission“),
- später die oben erwähnte TJRC und zuletzt
- 2012 die National Land Commission.

Der Bericht der Ndungu Commission erschien 2004 und hielt fest, illegale und irreguläre Zuteilung von Land sei ein wichtiger Faktor in der massiven Korruption des Staatswesens, was sowohl für nationale wie örtliche Behörden gelte. Sowohl Individuen



Farmland im Rift Valley.

händerisch verwaltete. Indigene Kenianer wurden massenhaft enteignet und mussten fortan als Tagelöhner auf Feldern rackern, die ihnen zuvor selbst gehört hatten.

Kenias Rechts- und Versöhnungskommission (Truth Justice and Reconciliation Commission – TJRC), die zur Aufarbeitung der gewalttätigen Wahlunruhen von 2007/08 einberufen wurde, hat bestätigt, dass die Landkonflikte, die das Land seit Langem plagen, so begannen. Sie waren schon bei Wahlkrawallen in den Jahren 1992 und 1997 die Ursache.

Die Unruhen von 2007/08 machten weltweit Schlagzeilen. Rund 1500 Menschen starben und rund 650 000 wurden

vertrieben. Früher lösten die Anführer der verschiedenen Gemeinschaften Streitigkeiten über Land dennoch oft friedlich in Verhandlungen. Im Lauf der Jahrzehnte ist das aber immer schwieriger geworden, wozu das Bevölkerungswachstum und die Auswirkungen des Klimawandels beigetragen haben.

Auch die wachsende Bedeutung der Geldwirtschaft ist relevant. Als die Menschen vor allem Subsistenzlandwirtschaft betrieben, fielen Kompromisse leichter. Der Geldwert aber macht Grund und Boden zum Spekulationsobjekt – und wenn irgendwo Öl, Gas oder andere unterirdische Ressourcen gefunden werden, stimuliert das die Gier besonders.

als auch Unternehmen eigneten sich auf nicht legitime Weise Land an. All diese Probleme wurden nie gelöst.

Die Medien konzentrieren sich bei Konflikten auf die ethnische Dimension und äußern sich kaum zu den zugrundeliegenden Landfragen. Vielleicht liegt es daran, dass sie oftmals überwältigend groß erscheinen. Allerdings kommt der Staat mit den ethnischen Spannungen meist auch nicht zurecht. In Wahlkämpfen wird Unzufriedenheit artikuliert – und wer sich über Landkonflikte ärgert, argumentiert oft mit ethnischer Zugehörigkeit.

WAHLUNRUHEN

Gewalt erschütterte Kenia im Kontext der Wahlen von 1992, als die Mehrparteien-Demokratie eingeführt wurde, und dann wieder 1997 und 2007. Bezeichnenderweise gerieten oft „örtliche Gemeinschaften“ mit „Einwanderern“ aneinander – und zwar besonders im fruchtbaren Rift Valley.

Manchmal heißt es, die Landkonflikte seien nicht Ursache der Gewalt, denn es habe 2002 und 2013 keine Krawalle gegeben, als Politiker ethnische Zugehörigkeit nicht wie 1992 und 1997 betonten. Die Schwachstelle dieses Arguments ist, dass es nicht benennt, warum ethnische Propaganda sich so ver-

heerend auswirken kann. Tatsächlich sind ethnische Konflikte und Landkonflikte schon seit Langem eng miteinander verknüpft.

Das Rift Valley und die Küste am Indischen Ozean sind die Epizentren der Spannungen zwischen den Kikuyu und örtlichen Ethnien. Die Kikuyu sind Kenias größte Volksgruppe. Zu ihnen gehört fast ein Viertel der Bevölkerung. Jomo Kenyatta, der erste Präsident und Vater des heutigen Staatschefs Uhuru Kenyatta, teilte seinen Unterstützern gern fruchtbares Land zu. Zumeist waren sie wie er selbst Kikuyu. Für die örtlichen Gemeinschaften blieben sie und ihre Nachkommen Außenseiter.

Nicht nur Wahlunruhen haben mit Landkonflikten zu tun. In gewissem Maß gilt das auch für Terrorismus. Im Juni 2014 griff die somalische Islamistenmiliz Al-Shabaab die Stadt Mpeketoni in Lamu County an der Küste an. Mehr als 60 Menschen starben. Präsident Uhuru Kenyatta sprach daraufhin von „sorgfältig geplanter, koordinierter und politisch motivierter ethnischer Gewalt gegen eine kenianische Gemeinschaft“. Kenianern war klar, dass er die Kikuyu meinte. Ihm zufolge war das Ziel ethnische Säuberung.

Islamistischer Terrorismus ist ein vielschichtiges Problem, das auf verschiedene Weise erklärt wird. Landbesitz ist sicherlich relevant. Nach der Machtübernahme von

den Briten siedelte Jomo Kenyatta in der Gegend von Mpeketoni Kikuyu an. Örtliche Gemeinschaften von Somali und Oromo betrachten das Land aber als das Land ihrer Vorfahren.

Eine bessere Zukunft ist möglich. 2012 schuf der Gesetzgeber die National Land Commission. Diese unabhängige Institution soll Ermittlungen aufnehmen, um aktuelle und historische Landkonflikte aufzuarbeiten und praktikable Lösungen vorzuschlagen. Sie kann auf Eigeninitiative sowie auf Beschwerden hin aktiv werden.

Vom Erfolg dieser Kommission hängt langfristig Kenias innerer Frieden ab. Es ist noch zu früh, um ihre Leistung zu beurteilen. Es beunruhigt aber, dass sie mit all den Problemen ringt, die frühere Kommissionen hatten: Sie braucht mehr Geld, ihr Mandat ist nicht völlig klar, und sie dürfte auf Widerstand im Landministerium stoßen.



PAUL KAWEGAH arbeitet für die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) im Kontext des Zivilen Friedensdiensts

(ZFD). Der GIZ-ZFD kooperiert mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und örtlichen Gemeinschaften in Kenia.

paul.kawegah@giz.de

Die Angst wächst in Kinamba

Als die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen Ende Dezember 2007 bekanntgegeben wurden, brach in Kenia Gewalt aus. Viele Menschen spüren die Folgen bis heute. Das gilt etwa für rund 700 Binnenflüchtlinge, die am Rande des Rift Valley in Kinamba wohnen. Vor neun Jahren flohen sie aus dem Tal.

Der gastgebende Ort bewies menschliche Solidarität in einer Zeit von Mord und Zerstörung und nahm die Flüchtlinge auf. David Gitonga,

ein Mitglied des kommunalen Gemeinderats, forderte seine Mitbürger auf, den Flüchtlingen Sicherheit und ein Dach über dem Kopf zu bieten. Die Zustimmung war überwältigend. 90 Prozent waren bereit, Menschen in Not aufzunehmen – egal, wo diese herkamen.

Neun Jahre später sind die Flüchtlinge immer noch da. Eine dauerhafte Lösung ist nicht abzusehen. Alle hatten erwartet, dass die Zugereisten bald wieder heimkehren würden oder von der Regierung ein

neues Zuhause zugewiesen bekommen. Die Hoffnung trott.

Heute herrscht in Kinamba Angst auf allen Seiten. Die Flüchtlinge fürchten, verjagt zu werden, und die Gast-

geber machen sich Sorgen, sie könnten ihr Land an die „Außenseiter“ verlieren. Leider ist die Stimmung an vielen Orten, wo Binnenflüchtlinge leben, ähnlich.

Ein Lager für Binnenvertriebene im Jahr 2013.



Traditionelle Nutzer benachteiligt

Für einen Großteil der Weltbevölkerung ist Land die Grundlage der Existenz. Das gilt insbesondere in ländlichen Regionen mit subsistenzwirtschaftlichen Strukturen. Gleichzeitig ist die Ressource Land zunehmend gefährdet. Besonders kritisch sind die Folgen des Klimawandels wie Dürren, Desertifikation und Überschwemmung küstennaher Gebiete. Zudem verstärken das weltweite Bevölkerungswachstum, zunehmende Urbanisierung und veränderte Ernährungsgewohnheiten zusätzlich den Druck auf landwirtschaftliche Flächen.

Von Gunther Beger

Drei von vier Hungernden weltweit leben in Entwicklungsländern als Kleinbauern, Viehzüchter und Arbeiter auf dem Land. Die Hauptlast der kleinbäuerlichen Arbeit liegt meist bei Frauen, die sich und ihre Familien

mit dem selbst Erwirtschafteten ernähren. Würden Frauen in Entwicklungsländern dieselben Mittel für die Landwirtschaft erhalten wie Männer, könnte die Zahl der Hungernden weltweit um 100 bis 150 Millionen Menschen sinken.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich und erschreckend, dass weltweit weniger als 20 Prozent der Frauen über gesicherte Landbesitzrechte verfügen. 70 Prozent der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu formalen, das heißt dokumentierten und staatlich anerkannten Landregistrierungssystemen. Nur circa zehn Prozent der ländlichen Flächen in Afrika sind formal dokumentiert. Das ist eine gewaltige gesellschaftspolitische Herausforderung, denn damit sind wachsende Auseinandersetzungen und Konflikte absehbar.

Mehr als die Hälfte der gesamten Landfläche der Erde wird unter traditio-

nellen Gewohnheitsrechtssystemen genutzt. Das bedeutet, dass rund 1,5 Milliarden Menschen auf und von Land leben, das ihnen formal nicht gehört, und daher fürchten müssen, von diesem Land vertrieben zu werden. Bei der weltweit zunehmenden Konkurrenz um die besten und fruchtbarsten Flächen haben meistens traditionelle Nutzer wie indigene Gruppen und kleinbäuerliche Familien das Nachsehen. Wachsende Konkurrenz, schwache institutionelle Strukturen und unklare (parallele) Rechtssysteme führen zu Intransparenz und Korruption im Landsektor.

Die Landzugangs- und Landnutzungsrechte in Entwicklungsländern sind nur unzureichend gesichert, was eine nachhaltige und produktive Ressourcennutzung und ländliche Entwicklung verhindert.

LAND ALS INVESTITIONSOBJEKT

Land hat als Investitionsobjekt seit dem letzten Nahrungsmittelpreisanstieg vor circa zehn Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Großflächige Landkäufe und

Sichere Landrechte sind die Voraussetzung für Investitionen und produktive Bewirtschaftung: Tomatenanbau in Äthiopien.



-pachten finden oft in Entwicklungsländern statt, die von schwachen oder autoritären Regierungsstrukturen und Problemen wie Armut und Unterernährung gekennzeichnet sind. Bei großflächigen Landkäufen und -pachten handelt es sich aber um ein weitverbreitetes und schwer zu kategorisierendes Phänomen.

Investitionen in Land werden häufig in ländlichen Gebieten getätigt, die bisher nicht für die kommerzielle Landwirtschaft erschlossen, sondern kleinbäuerlich genutzt wurden. Aktuell sind in der interaktiven Online-Datenbank der Land-Matrix-Initiative (s. E+Z/D+C e-Paper 2016/12, S. 5) weltweit gut 1 000 abgeschlossene Investitionsabkommen dokumentiert, davon 422 in Afrika mit einer Fläche von insgesamt rund 10 Millionen Hektar.

Damit nehmen der Flächenbedarf, die Nutzungskonkurrenz und das damit verbundene Konfliktpotenzial weiter zu. Die Ergebnisse des analytischen Berichts 2016 der Land-Matrix-Initiative zeigen, dass die Anzahl neuer Transaktionen und Flächen zwar stagniert, aber der Anteil der tatsächlich operativ genutzten Fläche stark zunimmt. Für 26,7 Millionen Hektar – etwa zwei Prozent des weltweit verfügbaren Ackerlands – sind Agrarinvestitionen dokumentiert, und auf 70 Prozent dieser Fläche haben produktive Aktivitäten begonnen.

INTERNATIONALE STANDARDS

Die deutsche Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass Landrechte sicher und die Investitionen im ländlichen Raum in den Partnerländern entwicklungsförderlich sind. Die im Jahr 2012 vom UN-Welternährungsausschuss verabschiedeten „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit“ (VGGT) stellen einen großen Schritt in Richtung verantwortungsvolle Investitionen und Stärkung kleinbäuerlicher Landrechte dar. Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung explizit das Ziel bekräftigt, die VGGT und deren Anwendung zu unterstützen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt sich für Landzugangs-

und Landnutzungsrechte benachteiligter Gruppen in Entwicklungsländern auf verschiedenen Ebenen ein: zum einen durch internationales Agenda Setting und Standardsetzung (zum Beispiel im Kontext von G7 und G20), zum anderen durch konkrete Fördermaßnahmen im Rahmen der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Während der deutschen G7-Präsidentschaft haben sich die sieben Länder der Gruppe dazu verpflichtet, ihre Entwicklungsfinanzierung an den VGGT auszurichten. In der Folge hat das BMZ eine Studie beim Deutschen Institut für Menschenrechte in Auftrag gegeben, um bestehende internationale Standards der finanziellen Zusammenarbeit mit den VGGT zu vergleichen.

Die Studie wurde kürzlich fertiggestellt. Sie bestätigt zum einen, dass die auch für die deutschen Entwicklungsbanken KfW und DEG maßgeblichen Standards der Weltbankgruppe die Vorgaben der VGGT bereits weitgehend berücksichtigen. Sie weist aber auch darauf hin, wie Finanzinstitutionen die neuen hohen Ansprüche der VGGT durch weiterführende Standards und Sorgfaltspflichten abzudecken haben.

Gemeinsam mit der KfW hat das BMZ daraufhin erste Schritte unternommen, um das Risiko von Landrechtskonflikten so weit wie möglich zu minimieren. Denn es ist unbestritten, dass Investitionen in ländliche Entwicklung und Landwirtschaft in Entwicklungsländern notwendig sind. Diese gehen aber fast immer auch mit Landnutzungsänderungen einher. Umso wichtiger ist daher ein umsichtiger Umgang mit der Thematik.

Im Rahmen seiner diesjährigen G20-Präsidentschaft ist es Deutschland gelungen, für Transparenz und menschenrechtliche Sorgfalt bei Landinvestitionen zu werben. Zum Kreis der G20-Länder gehören mit China, Saudi-Arabien und Brasilien auch Länder, aus denen viele Investoren stammen, die im Agrarbereich in Entwicklungsländern stark aktiv sind.

Über Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit (official development assistance – ODA) unterstützt das BMZ Partnerländer bei der Ausgestaltung und Umsetzung von verantwortungsvoller Landpolitik und gutem Landmanagement.

Auch unsere deutsche Erfahrung und Expertise (zum Beispiel in Partnerschaft mit der Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt BVVG) bringen wir in die Kooperation mit ein.

Mit der Sonderinitiative EINEWELT ohne Hunger (SEWOH) fördert das BMZ zielgerichtet die Anwendung der VGGT in den Partnerländern. Das umfasst auch Vorhaben privater Träger, wie beispielsweise ein Projekt von Transparency International, das darauf abzielt, Landkorruption zu bekämpfen und zur Sicherung der Landrechte in Afrika beizutragen.

Um den Zugang zu Land für die ländliche Bevölkerung fairer und sicherer zu gestalten, arbeitet das SEWOH-Globalvorhaben „Verantwortungsvolle Landpolitik“ mit politischen Partnern, Akteuren der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft auf verschiedenen Ebenen zusammen. So schafft es die Voraussetzung für die Titulierung und offizielle Anerkennung der Landnutzungs- und Landbesitzrechte von Kleinbauern, indigenen Völkern und Gemeinden in ausgewählten Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Gemeinsam mit der afrikanischen Land Policy Initiative und der Weltbank hat das BMZ ein Exzellenznetzwerk zu Land Governance in Afrika etabliert. Im Mittelpunkt stehen Qualifikation und Ausbildung von Fachkräften im Bereich Landmanagement und Land Governance sowie insgesamt die Stärkung der Beratungskapazitäten für Landpolitik in Afrika.

Sichere Landzugangs- und Landnutzungsrechte sind ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige ländliche Entwicklung. Nur wer sicher sein kann, dass ihm sein Land in Zukunft nicht genommen wird, der tätigt Investitionen und bewirtschaftet es produktiv und nachhaltig – und nur dann ist Entwicklung möglich.



GUNTHER BEGER
ist Abteilungsleiter für
Grundsatzfragen Entwicklungszusammenarbeit,
Zivilgesellschaft, Kirchen

und Wirtschaft, ländliche Entwicklung im BMZ.
AL1@bmz.bund.de

LINK

Land Matrix: <http://www.landmatrix.org>



Wie Spannungen in Sierra Leone abgebaut werden können

Privatunternehmen pachten heute 20 Prozent des nutzbaren Bodens in Sierra Leone. Traditionelle Kleinbauern haben ihre Lebensgrundlage verloren. Die Regierung hat eine neue Politik konzipiert – setzt sie aber noch nicht um.

Von **Elijah Grega**

Sierra Leone ist ein Land voller Widersprüche. Es hat Bodenschätze wie Diamanten, Bauxit und Eisenerz, und doch lebt die überwältigende Mehrheit der Einwohner in Armut. Der Bürgerkrieg, der 2002 endete, hat das Land zerstört und die Menschen traumatisiert. Vor dem Konflikt glänzte das Bildungswesen – heute sind zwei Drittel der Bevölkerung Analphabeten.

Die Regierung hat den Aufbau von Infrastruktur und Institutionen vorangetrieben. Aber es gibt noch große Lücken im Gesundheits- und Bildungswesen sowie in der Wasser- und Energieversorgung. Weil das Land auf die Ebola-Epidemie vor drei Jahren nicht vorbereitet war, starben 4000 Menschen.

Alle ökonomischen und sozialen Probleme in Sierra Leone hängen mit Armut und Landnutzung zusammen. Ob arm oder reich, gebildet oder arbeitslos – das Thema Grund und Boden betrifft alle. Die meisten Dorfbewohner leben als Bauern vom Ertrag ihrer Felder, wissen aber nicht sicher, dass diese ihnen wirklich gehören.

Es gibt keine zuverlässigen Grundbücher und keine flächendeckende Erfassung der Flurstücke.

Die Verpachtung großer Flächen an ausländische Investoren, die Zuckerrohr-, Palmöl- und andere Plantagen anlegen, beunruhigt die Bevölkerung. Laut einer Studie des kalifornischen Thinktanks Oakland Institute verfügen internationale Firmen bereits über 20 Prozent des nutzbaren Bodens.

Die Regierung argumentiert, Investoren würden Jobs und Wohlstand schaffen, und ausländische Anleger wie Addax aus der Schweiz oder SOCFIN machen in der Tat vollmundige Versprechen. Die Pachtverträge sind aber intransparent, und es ist nicht klar, ob die Preise wirklich den Wert des Bodens widerspiegeln.

Kleinbauern mussten ihr Land für einen Hungerlohn abtreten. Viele Hoffnungen auf ein besseres Leben, mehr Jobs und bessere Schulen haben sich zerschlagen. Laut der zivilgesellschaftlichen Organisation ALLAT (Action for Large-scale Land Acquisition Transparency) haben großangelegte Pachtverträge „Tausende von Kleinbauern ärmer gemacht“.

Die Spannung im Land wächst. Die Leute sind wütend, weil die Unternehmen keine soziale Verantwortung übernehmen, die Regierung ihnen aber dennoch Steuererleichterungen gewährt. Zugleich unterdrückt sie Proteste und Widerstand. Landrechte-Aktivistinnen werden kriminali-

siert; einige Gefängnisstrafen wurden bereits verhängt.

Dennoch wächst das öffentliche Interesse an dem Thema. Bauern tun sich mit Aktivisten zusammen. Sie haben immerhin erreicht, dass die Regierung eine neue Grundrechtspolitik formuliert hat, die zivilgesellschaftliche Akteure gut finden. Die Umsetzung allerdings steht aus – und sie wird nicht leicht. Denn damit es fair und gerecht zugeht, sind neue Institutionen sowie die Partizipation von Zivilgesellschaft und traditionellen, lokalen Autoritäten nötig.

Um den Rechten aller Betroffenen – etwa der Frauen – gerecht zu werden, muss deren besondere Lage berücksichtigt werden. Wie in vielen westafrikanischen Ländern leisten Frauen in Sierra Leone die meiste Feldarbeit. Große Grundstücksgeschäfte sollten zudem immer der Ernährungssicherheit dienen und tatsächlich die Armut mindern. Andernfalls sollten sie nicht genehmigt werden.

Bodenrechtsaktivisten klären die Bevölkerung nun über die „Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Regulierung der Land-, Fischbestands- und Waldnutzung (VGGT)“ der UN auf. Sie wurden 2012 vom Komitee für Ernährungssicherheit der FAO beschlossen. Auf ihnen basiert die neue Bodenrechtspolitik in Sierra Leone. Sie betonen die Rechte von Kleinbauern – und zwar besonders, wenn ihr Grundbesitz traditionell besteht, aber nicht formal dokumentiert ist.

Die aktuellen Spannungen werden abebben, wenn die politischen Entscheidungsträger den Willen zeigen, die neuen Regeln auch durchzusetzen. Umfangreiche Bodendeals sollten nun ausgesetzt und ihre Abwicklung zumindest gebremst werden. Zu viele Dorfbewohner haben bereits ihre Äcker verloren. Keinesfalls darf die Regierung Landrechtsaktivisten weiterhin verfolgen und kriminalisieren.

Traditionelle Kleinbauern haben Angst, ihr Land zu verlieren.



ELIJAH GREGA
ist Journalist bei Culture Radio in Free Town.

shltafrica@aol.com



Die Landwirtschaft im Tschad muss modernisiert werden.

Kommerzialisierung zerstört Gemeinschaftsregeln

Im Süden des Tschads gibt es zunehmend erbitterte Konflikte um Land, die oft gewaltsam ausgetragen werden. Sie zerstören lange gewachsene gemeinschaftliche Strukturen und die Lebensgrundlagen vieler Bauern.

Von Djeralar Miankeol

Ein ganzes Bündel von – oft ungeschriebenen – Regeln und Gesetzen bestimmt seit jeher Besitz und Nutzung von Land und anderen Ressourcen. Sie legen zum Beispiel Fragen des Zugangs, der Verwaltung und der Weitergabe fest, sowohl für Individuen als auch für Gruppen. Die Regeln sind in den Gemeinschaften, in denen sie gelten, bekannt und akzeptiert. Sie können von Region zu Region sehr unterschiedlich sein und gehen Hand in Hand mit gemeinsamen Rechtsgrundsätzen, die in größerem Rah-

men gelten und als eine Art Gewohnheitsrecht anerkannt sind.

Diese Strukturen haben jahrzehntelang gut funktioniert. Es fiel genug Regen für die im Süden des Tschads praktizierte extensive Landwirtschaft mit bestimmten, angepassten Feldfrüchten, die Regenfälle waren vorhersehbar und Dürren selten. Die Erträge waren zwar nicht hoch, aber unter den Bedingungen einer geringen Monetarisierung der Wirtschaft, starker Solidarität und Familienbande ausreichend. Die Bevölkerungsdichte war nicht sehr hoch, das Land reichte für alle, und die Menschen konnten die Fruchtbarkeit der Felder erhalten, indem sie sie lange brach liegen ließen.

Doch nun steht das ganze System mit seinem komplexen Kontroll- und Regulationsmechanismus auf der Kippe. Der Grund sind zunehmende Konflikte der unterschiedlichen Landnutzer, die oft widerstrei-

tende Interessen verfolgen. Land ist knapp geworden, und Viehzüchter beanspruchen immer mehr Flächen, die eigentlich Buschland oder Brachen bleiben müssten. Wegen des starken Bevölkerungswachstums werden auch immer mehr Flächen für den Ackerbau benötigt. Hinzu kommt der Klimawandel, durch den sich die Sahel-Sahara-Zone, die für den Regenfeldanbau schlecht geeignet ist, stark ausgeweitet hat. Zudem hat sich die Bodenqualität verschlechtert und der Bewuchs abgenommen.

Heute sind die wandernden Viehzüchter aus dem Norden des Landes gezwungen, früher in den Süden zu ziehen und länger zu bleiben. Viele werden dort sesshaft, und das Zusammenleben von Ackerbauern und Viehzüchtern wird immer schwieriger (siehe auch E+Z/D+C e-Paper 2015/07, S. 24).

Die Kommerzialisierung des Bodens zerstört die traditionellen Gemeinschaftsregeln zur kollektiven Verwaltung und Regulierung zugunsten individuellen Besitzes. Ackerland von Dörfern, die in der Nähe großer Städte liegen, kann von heute auf morgen enteignet werden, einfach indem die Stadtgrenzen verschoben werden. Die Bauern haben das Nachsehen, denn sie haben kaum Möglichkeiten, ihren Besitzanspruch geltend zu machen.

Auch die Erdölförderung spielt eine nicht unerhebliche Rolle. In den betroffenen Gegenden hat die Errichtung der Förderanlagen die Anbauflächen mancher Dörfer drastisch reduziert.

Zugleich haben sich die Anbaumethoden nicht weiterentwickelt. Die Landwirtschaft ist nach wie vor extensiv und braucht viel Platz. Der Ertrag des Bodens ist zurückgegangen, und viele Familien sind gezwungen, einen Teil der Lebensmittel zu verkaufen, die sie für den Eigenbedarf anbauen. So nimmt Nahrungsmangel zu.

Das System hat seine Grenzen erreicht. Der Ressourcenverbrauch durch Ackerbauern und Viehzüchter übersteigt bei weitem die natürlichen Regenerationsmöglichkeiten. Anbaumethoden und Tierhaltung müssen unbedingt weniger Platz verbrauchen und ertragreicher werden. Bauern müssen ihre Produktionsmethoden hin zu intensiver Landwirtschaft entwickeln und nicht schlicht auf den Erhalt der Fruchtbarkeit durch Brachflächen setzen. Viehzüchter müssen auch angebautes



Futter verwenden und die Größe ihres Viehbestandes an die Ressourcenknappheit anpassen.



DJERALAR MIANKEOL
ist Agraringenieur, Menschenrechtsaktivist und Leiter des Vereins Ngaoubourandi (Regenbogen), der sich im

Tschad gegen Landgrabbing und für Entwicklung einsetzt. Der Verein wird in seiner Arbeit von Behörden und Sicherheitskräften behindert und ist Drohungen ausgesetzt.

djeralar@peaceresources.net

Mafiöse Netzwerke

In vielen Entwicklungsländern findet Landgrabbing in großem Umfang statt, entweder für den Bergbau oder für landwirtschaftliche Nutzung. Für die betroffenen dörflichen Gemeinschaften hat der Verlust des Landes verheerende Auswirkungen. Das Bewusstsein für die Problematik wächst jedoch, und es gibt immer mehr Instrumente und Richtlinien, um die negativen Folgen in den Griff zu bekommen.

Dabei wird das Landgrabbing durch lokale Eliten kaum beachtet, obwohl es genauso gravierende und weitreichende Auswirkungen hat wie die Landnahme durch internationale Unternehmen. Im Tschad – wie im Großteil der Länder südlich der Sahelzone – investieren Politiker, Soldaten, Beamte und Geschäftsleute in großem Stil in die extensive Tierhaltung und eignen sich dafür Land der Bauern an. In Dörfern am Rande großer Städ-

te tun sie das zudem zum Zweck der Spekulation. In diversen Ländern sind mafiöse Netzwerke aus lokalen Investoren, Verwaltung, Justiz und Sicherheitskräften entstanden.

Die Methoden, mit denen sie Armen Land wegnehmen, sind klug und vielfach perfide: Sie schüchtern Menschen ein, nutzen deren Unwissen und Angst aus, missbrauchen ihre Macht und wenden Gewalt an. Familien, Gemeinschaften und ganze Regionen rutschen in noch tiefere Armut ab, indem sie mit den Anbauflächen auch ihre Lebensgrundlage verlieren. Junge Menschen wandern in die Städte ab, wo sie sich als Tagelöhner durchschlagen, versuchen ihr Glück als Goldschürfer oder migrieren in Nachbarländer oder nach Europa.

Im Rahmen der EU-Maßnahmen zur Eindämmung der Fluchtbewegungen und des Kampfes gegen den Terror er-

halten die Länder der Sahelzone deutlich mehr Entwicklungsgelder als vorher. Die deutsche Entwicklungshilfe (official development aid – ODA) unterstützt zum Beispiel Mali in besonderem Maße und hat auch den Tschad wieder auf ihrer Liste, nachdem die bilaterale Zusammenarbeit

Ende 2012 aufgrund schlechter Regierungsführung und Korruption ausgelaufen war. Solange Angehörige der staatlichen Institutionen, die Landbesitz regeln, selbst Nutzer und Spekulanten sind, und solange Straflosigkeit vorherrscht, wird Landgrabbing jedoch eher zu- als abnehmen.

Die Landwirtschaft im Tschad muss modernisiert werden.



Theater macht Konflikte spürbar

In dem kleinen Guinea-Bissau leben mehr als 20 ethnische Gruppen mit jeweils eigenen politischen und sozialen Regeln, Ritualen und Sprachen. Das Zusammenleben ist meistens friedlich. Wenn es Konflikte gibt, drehen sie sich häufig um den Zugang zu Land. Eine Möglichkeit, sie friedlich zu bearbeiten, liegt im Theaterspiel.

Von Armando Mussa Sani und Jasmina Barckhausen

Viele Konflikte drehen sich um die Nutzung von Land für Weideflächen für Rinder und Ackerland für Reisanbau oder Cashewplantagen. Die Verbreitung von Cashewbäumen an der westafrikanischen Küste ist eine Hinterlassenschaft der portugiesischen Kolonialzeit, ebenso wie die Zwangsumsiedlungen im Sinne einer Politik von „teile und herrsche“. Die Vermischung der ethnischen Siedlungsgebiete in Guinea-Bissau ermöglichte jedoch auch einen gemeinsamen 11-jährigen Befreiungskampf, der eine Schlüsselrolle beim Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialimperiums spielte.

An der Spitze des neuen Staats standen Männer, die sich auf Schlachtfeldern bewiesen hatten. Auf das Regieren waren sie nicht vorbereitet. Noch heute, 43 Jahre nach Erreichen der Unabhängigkeit, wird kontrovers über deren Vor- und Nachteile diskutiert. Der Anstieg sozialer Ungleichheit zwischen Land- und Stadtbevölkerung führte zu einer Kultur des Hasses und der Vergeltung, in der das Recht immer auf der Seite des Stärkeren ist. Der Frieden basiert somit häufig darauf, dass der Schwächere nachgibt.

Freiheit ist kein Begriff, der ein erreichtes Ziel markiert, sondern einen Prozess. In diesem Sinne war die Befreiung des Volkes von Guinea-Bissau lediglich ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Autonomie. Das koloniale Erbe hat sich mit dem Abzug der Kolonialherren nicht verflüchtigt, und die Bevölkerung muss ein kollektives Bewusstsein herausbilden, um den Weg der Entwicklung selbstbestimmt zu beschreiten.

Zu den wichtigsten Problemen der Gegenwart gehören neben Landkonflikten

auch Korruption, die Spannung zwischen religiöser Modernisierung und Tradition sowie eine politische Machtkrise. Um ihnen zu begegnen, hat die Nichtregierungsorganisation (NGO) GTO-Bissau in Zusammenarbeit mit dem deutschen Verein Weltfriedensdienst das Friedensforum ins Leben gerufen. Dieses Netzwerk aus 300 Aktivisten, die in 11 regionalen Gruppen zusammenarbeiten, spannt sich über das gesamte Land.

Die zweijährige Ausbildung der Aktivisten begann mit einer gemeinsamen Analyse der Alltagskultur, machte mit praktischer Konflikttransformation vertraut und schloss mit einer Praxisreflexion ab. Das Netzwerk bildet die ethnische Diversität ab und verdeutlicht die Möglichkeit konstruktiver Zusammenarbeit.

Die Friedensaktivisten wenden unter anderem die Forumtheatermethode an, bei der ein realer Konflikt aus dem Leben der Zuschauer dargestellt und am kritischsten Punkt angehalten wird. Das Publikum wird in die Lösungsfindung einbezogen und ermuntert, direkt auf der Bühne in die Handlung einzugreifen.

In der Praxisphase ihrer Ausbildung bearbeiteten die 11 Gruppen insgesamt 54 kommunale Konflikte, von denen allein 20 mit dem Verfügungsrecht über Ackerland und Cashewplantagen verbunden sind. Weitere Konflikte betreffen das Zusammenleben zwischen Religionen, Macht- und Führungskämpfe in NGOs und Streitigkeiten um die Verwaltung öffentlicher Güter.

Neben theaterpädagogischen Ansätzen setzen die Friedensaktivisten auf offenen Dialog, um Lösungen zu finden, die kulturell anschlussfähig sind und das Vertrauen in die beschädigten Beziehungen wiederherstellen. Das wird von den betroffenen Gemeinschaften besonders gewürdigt, und so sind auch traditionelle und staatliche Autoritäten zur Mitarbeit bereit.

LAND ALS GEMEINSCHAFTSGUT

Die Arbeit der 11 Friedensgruppen verdeutlicht die Fähigkeiten der Gemeinschaften, ihre eigenen Konflikte zu lösen (siehe Kasten, S.27). Aber sie verweist auch auf



die Verantwortung des Staates, die verschiedenen Formen der Aneignung von Land und landwirtschaftlicher Nutzung anzusprechen. Eine nachhaltige Lösung der Konflikte um Landbesitz ist an die Anwendung des Landgesetzes gebunden. Nach seiner Vorlage 1998 vergingen zehn Jahre bis zur Verabschiedung der allgemeinen Verordnung. Deren Implementierung steht bis heute aus.

Das Gesetz betrachtet das Land als Eigentum des Staates und gemeinschaftliches Erbe, sieht aber auch die exklusive Nutzung landwirtschaftlicher Flächen durch Einzelne und Gemeinschaften sowie Rücksicht auf ethnisch-kulturelle Realitäten vor.

Die Friedensgruppen erleben vor Ort jedoch etwas ganz anderes. In Konflikten, etwa im Zusammenhang mit dem Abbau von Rohstoffen, missachtet der Staat selbst die Vorgaben zur Achtung ethnisch-kultureller Bedingungen. Es sind die Friedensgruppen, die eine Annäherung zwischen den Dorfgemeinschaften und staatlichen Vertretern ermöglichen und die Suche nach außergerichtlichen Lösungen vorantreiben.

Die Friedensgruppen wollen nun mit ihren Theaterstücken in die Hauptstadt kommen, um den Entscheidungsträgern und Geberorganisationen die Probleme der Landbevölkerung näherzubringen und sie von der Notwendigkeit der Anwendung des Landgesetzes zu überzeugen.



ARMANDO MUSSA SANI
ist Journalist, Leiter des Studios Mansoa/Radio Sol Mansi und gehört der Friedensgruppe Oio an.

armandomussasani@gmail.com



JASMINA BARCKHAUSEN
ist Ethnologin und Friedensfachkraft für Capacity Building im Auftrag des Weltfriedensdienstes in Bissau.

jazzmina@gmx.de

Das Erbe der Großeltern

Die portugiesische Kolonialverwaltung hat die Dörfer Sintchã und Uok an der Straße von der Hauptstadt Bissau in die westlich davon gelegene Region Biombo geschaffen. In Sintchã wurden Familien verschiedener Ethnien angesiedelt, während in Uok nur Balante leben. Obwohl sich das Zusammenleben in den neuen Siedlungen trotz räumlicher Enge friedlich gestaltete, zog die Dorfgemeinschaft von Uok nach der Unabhängigkeit vor, in ihr altes Siedlungsgebiet zurückzukehren.

Als der kommerzielle Wert von Cashewkernen stieg, erinnerten sich die Nachkommen von Uok an die aufgegebenen Plantagen der Großeltern und forderten ihre Erbschaft ein. Doch die Bevölkerung von Sintchã war inzwischen gewachsen und hatte das Land in Besitz genommen. Es kam zu einem gewaltsamen Streit.

Friedensaktivisten aus der Region Biombo, die in Mediation ausgebildet wurden (siehe Haupttext), wählten diesen Konflikt aus, um Praxiserfahrung zu sammeln. Die Gruppe organisierte Anhörungen von Meinungsführern beider Dörfer. Sie gewann das Vertrauen eines Mitglieds der Dorfgemeinschaft von Uok, das die Gruppe jetzt zu Hilfe ruft, sobald die Situation zu eskalieren droht. Auf diese Weise konnte schon zweimal ein Angriff auf Sintchã verhindert werden.

Die Bevölkerung von Uok glaubt nicht an die Neutralität der staatlichen Verwaltung, da der Verwaltungsleiter der ethnischen Mehrheit in der Regi-

on, den Pepel, angehört. Da diesem das wohl bewusst ist, bat auch er um Unterstützung der Friedensgruppe im laufenden Mediationsprozess. Es fand bereits ein Freundschaftsspiel zwischen den Dorfgemeinschaften auf neutralem Boden statt, ohne dass es zu Ausschreitungen kam. So nähert sich die Gruppe schrittweise ihrem Ziel an, eine einverständliche Aufteilung des strittigen Terrains zu erreichen.

Ein Konflikt zwischen drei Dörfern in der Region Tómbali im Süden des Landes dreht sich um wiederholte Verwüstungen der Reisfelder altansässiger Nalus durch die Rinder zugewanderter Balante. Die Feindseligkeiten verschärften sich von Jahr zu Jahr; insbesondere zu Beginn der Regenzeiten kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bis sich die Friedensgruppe der Region Tómbali dieses Konfliktes annahm.

Mehrere getrennte Treffen mit Bauern, Viehzüchtern und traditionellen Autoritäten führten schließlich zur Unterzeichnung einer Übereinkunft, die die Viehzüchter zu Vorsichtsmaßnahmen verpflichtete. Gemeinsam wurden die Ackergrenzen geschützt und Gehege gebaut. Heute ist das Zusammenleben in diesen Dörfern wieder harmonisch, und der aufrichtige Dialog setzt sich mit Unterstützung der Friedensgruppe fort.

Jahrelang stritten die beiden Dörfer Aidará, wo altansässige Beafadas leben, und Mui, wo zugewanderte Balante leben, im sehr wenig erschlossenen Süden des Landes in der



Forumtheaterstück zum Konflikt zwischen Sintchã und Uok, aufgeführt von der Friedensgruppe Biombo.

Region Quinara erbittert um ein Reisfeld. Hass und Misstrauen breiteten sich aus. Ethische Allianzen drohten die Dörfer der Umgebung in den Konflikt hineinzuziehen, und der Abgeordnete des Wahlkreises versuchte, den Streit parteipolitisch zu nutzen, anstatt sich für eine Lösung einzusetzen.

Gemeinsam mit traditionellen und staatlichen Autoritäten begann die Friedensgruppe der Region Quinara mit den Anhörungen. Der Durchbruch gelang ihr mit der Aufführung des Forumtheaterstücks, das sie während ihrer Ausbildung eingeübt hatte und dem genau dieser Konflikt zugrunde lag. Das Wiedererkennen der eige-

nen Probleme auf der Bühne löste bei den Zuschauern beider Konfliktparteien starke Emotionen aus. Nachdem die Tränen getrocknet waren, machten sie sich im Dialog miteinander daran, eine Lösung zu finden.

Die Ergebnisse sind beeindruckend. Das Einigungsprotokoll regelt die Nutzungsrechte für das Reisfeld, die beide Dorfgemeinschaften berücksichtigen. Außerdem legt es fest, wer sicherstellt, dass die Regeln eingehalten werden. Die nachbarschaftlichen Beziehungen haben sich deutlich verbessert. Die Kinder von Mui gehen jetzt in Aidará zur Schule, und Frauen aus Aidará verkaufen Fisch und Seife in Mui.



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

D+C
Development + Cooperation

D+C Development
and Cooperation
@development.and.coop
eration

Home

Posts

Photos

About

Likes

Create a Page



Like Follow Share ...

Learn More

Message

Status Photo/Video

Magazine

Community

Invite your friends to like this Page

105,614 people like this

166,499 people follow this

About

See All

Send message

www.dandc.eu

Magazine

Pages liked by this Page

DDD DOD - Digital Develop... Like

DW Freedom of Sp... Like

UWC Online - Univers... Like

Posts

D+C D+C Development and Cooperation
14 hrs · 🌐

#Opinion

The Bill & Melinda Gates Foundation relies on vast funding from billionaires Bill Gates and Warren Buffet. The individuals concerned deserve praise for their generosity and efforts to promote the common good. Nonetheless, the growing influence of #philanthropy in public affairs is worrisome.

HAVE EQUAL VALUE

we are impatient optimists working to reduce inequality



2015 BILL AND MELINDA GATES
ANNUAL LETTER



Kein Land in Sicht

Trotz der Unabhängigkeit seit 1990 ist Landbesitz in Namibia noch immer nicht gerecht verteilt und die kolonialen Strukturen wirken nach. Die ehemalige Befreiungsbewegung South West African People's Organization (SWAPO) ist an der Regierungsmacht und steht unter Druck, die Landfrage zu lösen. Der Prozess zeigt die Grenzen nachkolonialer Umgestaltung ebenso auf wie die Schwierigkeit, angesichts der komplexen Situation eine halbwegs zufriedenstellende Lösung zu finden.

Von Henning Melber

Mit der Unabhängigkeit verband die ehemals kolonisierte Bevölkerung die Erwartung, dass sich ihre Lebensbedingungen merklich verbessern und gesellschaftspo-

litische sowie sozialökonomische Veränderung stattfinden. Die Landfrage war dabei ein prominenter Aspekt, der die Notwendigkeit zur Umverteilung des Wohlstandes unterstrich.

Mit dem Prozess der Dekolonisierung vollzog sich aber nur ein Machttransfer von begrenzter Souveränität. Dieser ließ keine uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die Veränderung der Wirtschaftsstrukturen zu. Die Respektierung festgelegter Verfassungsprinzipien war eine Vorbedingung für den unabhängigen Staat. Das damit geschaffene Recht entsprach keineswegs dem Rechtsbewusstsein der Bevölkerungsmehrheit. Es verankerte vielmehr den Schutz des bestehenden Privateigentums. Dieses war aber oft Ergebnis kolonialen Unrechts, und die Eigentümer

hatten es durch Landnahme und Enteignung erworben. Viele Menschen empfanden Rechtssicherheit deshalb als Sicherheit des Rechts von Minderheiten, deren Privilegien weitgehend erhalten blieben. Landeigentümer hatten Anspruch auf den Schutz ihres Grunds und Bodens, wobei die moralische und ethische Grundfrage irrelevant blieb, wann und unter welchen Umständen Besitztitel erworben wurden.

TERRITORIALE NEUORDNUNGEN

Komplizierter macht es noch die Tatsache, dass die Verfügungsgewalt über Land im Laufe der Geschichte keinesfalls unwiderprüflich festgeschrieben war. Im südlichen Afrika fanden wie anderswo auch intensive Migrationsprozesse und damit verbunden gewaltsame Landbesetzungen schon vor der europäischen Kolonialzeit statt, und die Territorien wurden mehrfach neu verteilt. Alle Bevölkerungsgruppen außer den Buschleuten sind in das heutige Staatsgebiet Namibias irgendwann eingewandert und haben sich dort meist nicht ganz friedlich niedergelassen. Der Aphorismus, dass Hochverrat eine Frage des Datums sei, gilt auch hinsichtlich der Frage, wer ab wann legitime Rechte auf „angestammtes“ Land hat.

Damit soll keinesfalls den Nachfahren der europäischen Kolonialisten ein Hintertürchen geöffnet werden, durch das sie bequem hinausschlüpfen können. Es ist nicht hinfällig, dass sie sich mit der kolonialen Unterwerfung und ihren Folgen auseinandersetzen. Dass Deutschland 2015 schließlich die Massaker deutscher Truppen an den Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 als Völkermord anerkannt hat, mussten sich die Nachfahren der betroffenen Volksgruppen hart erkämpfen.

Dennoch bleibt die Suche nach dauerhaften Lösungen in der Landfrage eine komplexe und schwierige Aufgabe. Mit dem Problem, wie sich eine Landumverteilung am geeignetsten und gerechtesten initiieren ließe, sah sich schon 1991 die erste und bislang einzige nationale Landkonferenz Namibias konfrontiert. Sie beschloss,

Als Folge der Kolonialzeit sind die meisten kommerziellen Farmer in Namibia noch immer weiß. Eine Landumverteilung an benachteiligte Bevölkerungsgruppen funktionierte bislang nicht wirklich.



dass eine vollständige Restitution von Land angesichts der historischen Komplexitäten unmöglich sei.

LANDREFORM MIT WIDERSPRÜCHEN

Restriktive klimatische Bedingungen zeigen die engen Grenzen einer ökonomisch sinnvollen Landreform auf. Zwei Drittel der 824 000 Quadratkilometer Landesfläche gelten als semi-arid, ein Viertel als arid. Etwa 44 Prozent der Landesfläche Namibias ist privater Landbesitz mit eingezäuntem Farmland. 60 Prozent dieses kommerziellen Farmlandes (das weitgehend für Viehhaltung mit extensiver Weidewirtschaft genutzt wird) hat eine jährliche durchschnittliche Niederschlagsmenge von unter 300 Millimetern. Dessen – zum Teil auch ausländischen – knapp 5000 Eigner sind zumeist noch immer weiß und oftmals deutschsprachig.

Nur etwa acht Prozent Namibias eignen sich mit einem durchschnittlichen jährlichen Niederschlag ab 500 Millimetern für Landwirtschaft ohne Bewässerung. Sie liegen überwiegend in den 43 Prozent der kommunalen Landgebiete in Gemeinschaftseigentum. Doch diese werden zunehmend durch Einzäunung der kollektiven Nutzung entzogen und de facto privatisiert – ein klarer Verstoß gegen die von der Landkonferenz 1991 gefassten Beschlüsse. Die widerrechtliche Aneignung wurde bislang von den Behörden weitgehend toleriert – wohl auch weil ein erheblicher Teil der Schuldigen zum Staatsapparat oder der Parteiführung gehört. Falls die Regierung und die lokalen traditionellen Autoritäten dies weiterhin dulden oder sogar betreiben, wird sich die Lage der ländlichen Bevölkerung insgesamt verschlechtern und die Landflucht voranschreiten.

Bislang nahm die Landreform einen zögerlichen und schleppenden Verlauf. Die Regierung verschwendete viel Zeit auf rechtlich-administrative Debatten. Eine klare politische Strategie für den Transfer von Land und die Ansiedlung von Menschen mit dauerhafter Aussicht auf eine Existenzsicherung fehlt. Als Umverteilungsmaßnahme wurde das „Willing seller – willing buyer“-Prinzip angewendet, nach dem die Regierung Farmen mit

Vorzugsrecht zum Marktwert erwerben kann. Auf den Farmen sollten Bewerber aus den historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen angesiedelt werden. Dies hat jedoch seither kaum zu Resultaten geführt. Demgegenüber wurden Angehörige der neuen politischen Elite beim Kauf privilegiert, was bereits Mitte der 1990er Jahre Beobachter sarkastisch damit kommentierten, dass die Landreform bereits vollzogen sei, da die meisten Kabinettsmitglieder inzwischen ihre Privatfarmen hätten.

Sehr langsam vollzog sich hingegen der Ankauf von Land zur Ansiedlung von Landlosen. Bis Mitte der 1990er Jahre hatten die Behörden erst etwa 100 000 Hektar erworben und bis 2000 insgesamt 54 Farmen mit einer Gesamtfläche von 341 000 Hektar aufgekauft. Ernüchternd waren auch die bisherigen Ergebnisse der Umsiedlungsprojekte. Die meisten Neuansiedler blieben auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln angewiesen, erhielten keine adäquate Hilfestellung beim Versuch, sich selbst zu versorgen, und konnten das Minimalziel einer gesicherten Existenz nicht erreichen. In vielen Fällen sind die Umgesiedelten von staatlicher Hilfe abhängig, und die Infrastruktur auf den Ländereien verfiel. Aufschlussreich ist auch, dass weder die vom Kabinett 1998 verabschiedete offizielle Strategie zur Armutsreduzierung noch das National Poverty Reduction Action Programme für 2001 bis 2005 eine Landreform erwähnt.

POLITIK MIT LAND

Sehr viel wird davon abhängen, wie die krassen gesellschaftlichen Ungleichheiten einer neuen, nachkolonialen Klassengesellschaft mit einer schwarzen Elite am staatlichen Steuer reduziert werden. Die Annahme, dass eine Landreform dies bewerkstelligen könnte, ist illusorisch. Dennoch lässt sich eine solche weitverbreitete Wahrnehmung nicht wirklich entkräften, solange die ungleiche Landverteilung an das koloniale Erbe erinnert. Doch würden deutliche Erfolge in der Armutsreduzierung sowohl die symbolische Bedeutung der Landfrage relativieren als auch die Frustration über ausbleibende Veränderungen mindern.

SWAPO erklärte 2012 die Landfrage zur Priorität. Seither wurde der öffentliche Diskurs von wechselseitiger Schuldzuweisung geprägt. Namibias Politiker bezichtigen die kommerziellen Farmer der Sabotage, da sie ihr Land nicht zu akzeptablen Preisen verkaufen wollen. Derweil legt deren Interessenverband Statistiken vor, denen zufolge die Landumverteilung durchaus den von der Regierung gesteckten Zielen entsprechen würde. Solche Zahlenspielerien sind allerdings kein probates Mittel gegenüber einem zutiefst emotionalen Thema, das mit Identität und Ohnmachtsgefühlen verbunden ist.

Auch die Regierung muss dies zunehmend spüren. Eine ursprünglich für 2016 angesetzte zweite nationale Landkonferenz wurde verschoben und soll in diesem Jahr stattfinden. Sie wird vermutlich alles andere als harmonisch verlaufen und die Interessenunterschiede deutlich zutage treten lassen.

Aber auch die laufenden bilateralen Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia dokumentieren Unterschiede in der Landfrage. Bislang weigert sich die Bundesregierung, den Umverteilungsprozess von Land als eine zentrale Kompensationsleistung anzuerkennen und zu finanzieren. Unstrittig bei der Frage nach den Folgen der deutschen Kolonialherrschaft ist aber, dass die heutige Landverteilung wesentlich auf diese Periode zurückgeht. Konfrontiert mit dem wachsenden Unmut in Teilen der Bevölkerung, hat die namibische Regierung bereits die Bereitschaft zu einer schärferen Gangart signalisiert. Dabei sollen auch Teile der Verfassung und die Freiwilligkeit des Landtransfers einer genaueren Prüfung unterzogen werden.



HENNING MELBER
ist Direktor emeritus der Dag Hammarskjöld Stiftung in Uppsala, Senior Research Associate am dortigen

Nordic Africa Institute und Extraordinary Professor der Universitäten in Pretoria und Bloemfontein. Er ist seit 1974 SWAPO-Mitglied.

henning.melber@dhf.uu.se

Rechtssicherheit schaffen

Die Bedeutung von Landrechtssicherheit für die Armutsminderung kann nicht überschätzt werden, wie das Beispiel Kambodscha zeigt. Aber die Voraussetzungen müssen stimmen.

Von Frank Bliss und Karin Gaesing

In den ärmsten Ländern der Erde sowie vielen Staaten mit unterem mittlerem Einkommen spielen die Landwirtschaft und der Zugang zu Land eine wichtige Rolle. Auch wenn ihr Anteil am Bruttoinlands-

Produkt fast die Hälfte der Beschäftigten, in Kenia sind es bei einem Anteil von 32,7 Prozent am BIP drei Viertel aller Arbeitskräfte und in Äthiopien sogar 85 Prozent (CIA, 2017).

Vor diesem Hintergrund ist der Zugang vieler Menschen zu landwirtschaftlich nutzbaren Flächen von grundlegender Bedeutung für das wirtschaftliche Überleben. Dem entgegen nimmt die Enteignung von Kleinbauern weltweit zu, sei es durch offenen Landraub, durch die Umwandlung von traditionell bewirtschafteten Flächen

sambik mit immer noch zirka 2,2 Millionen Hektar halten derzeit den Weltrekord in der Flächenumwandlung (Landmatrix, 2017), die fast immer mit Enteignungen der ursprünglichen Nutzer verbunden ist und damit nichts anderes als „Land grabbing“ darstellt (Brot für die Welt, 2016).

In Äthiopien ist der Ausverkauf an Land in den letzten Jahren zu einem Streitthema geworden, das sogar in den staatlich kontrollierten Medien behandelt wird. Es geht in der Hauptsache darum, ob die Landverkäufe von der Zentralregierung oder den regionalen Behörden getätigt und kontrolliert werden. Trotz des offiziellen „Einfrierens“ von Landverkäufen an Ausländer haben auch in jüngster Vergangenheit fast eine Million Hektar ihren Besitzer gewechselt.

In Kambodscha, wo die Entwicklung bereits vor mehr als 15 Jahren begann, ist die Umwandlung seit etwa zwei Jahren bei derzeit 712000 Hektar zum Stillstand gekommen. Hier zieht der Staat sogar Konzessionen, die er an in- und ausländische Investoren vergeben hat, wieder zurück, wenn das Land innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nicht genutzt wird. Oft sind dann allerdings die wertvollen Bäume bereits verschwunden, oder illegaler Raubbau findet auch auf diesen Flächen weiterhin statt.

In Kambodscha drohte sich der Ausverkauf an Land – zuerst an Militärs und Gefolgschaft der Staatsführung, später auch an Investoren aus dem In- und Ausland und vor allem an chinesische Firmen – zu einem politischen Streitthema zu entwickeln. Zusammen mit Kritik an schlechter Regierungsführung und zunehmenden sozialen Disparitäten begann die Landfrage sogar Wahlen zu beeinflussen und am langjährigen Monopol der Cambodian People's Party zu rütteln, die bei den Parlamentswahlen 2013 nur noch knapp gewinnen konnte. Dies hat zumindest zu einem partiellen Umdenken geführt, was den willkürlichen Landraub und die nahezu auflagenlose Vergabe von Landkonzessionen betrifft.



Rechtssicherheit über ihr Land ist entscheidend für die Existenzsicherung von Kleinbauern: Schälen von Maniok.

produkt (BIP) tendenziell sinkt, bietet die Landwirtschaft vielerorts zusammen mit der Viehhaltung die meisten Arbeitsplätze. In Kambodscha sind dies bei einem Anteil der Landwirtschaft am BIP von 26,7

in Staats- und danach in Privatland oder mittels anderer, oft fragwürdiger rechtlicher Konstruktionen. Papua-Neuguinea mit geschätzt 3,8 Millionen Hektar, Indonesien, Südsudan, DR Kongo und Mo-



Diese kambodschanischen Neubauern erhielten eine Urkunde für die provisorische Landzuteilung.

Zwei Programme, die bereits vor mehr als zehn Jahren konzeptionell eingeleitet worden waren, aber mehr oder weniger verschleppt oder nicht konsequent umgesetzt wurden, bekamen ebenfalls eine zunehmende Bedeutung: die Eintragung kommunaler Landtitel für Dörfer mit indigener Bevölkerung und die Vergabe sogenannter „sozialer Landkonzessionen“.

KOMMUNALE LANDTITEL

Das erste Programm findet vor allem im Norden und Nordosten des Landes statt. In der Provinz Ratanakiri stehen einige hundert Indigenen-Dörfer auf der Anwärterliste. Der Prozess dauert in der Regel einige Jahre und erfordert ein komplexes Verfahren, das vor allem durch die Beteiligung von mindestens vier Ministerien sowie durch die erstmals zu erfolgende einvernehmliche Festlegung der Grenzen eines Dorfes zu seinen Nachbardörfern erheblich aufgehalten werden kann. Ist die Grenzfestlegung aber einmal im Konsens

erfolgt, erhalten die Dörfer relativ bald einen Vorabtitel, der das Eindringen Dritter und damit auch die Enteignung von Land für agroindustrielle Konzessionen verhindert. Dies wird von den lokalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die den Prozess begleiten, zumindest für die vergangenen drei Jahre so bestätigt. Allerdings vergibt am Ende das Ministry of Land den eigentlichen Titel, der auch geringere Flächen als beantragt umfassen kann.

Die beteiligten lokalen NGOs erhalten zurzeit auch Unterstützung durch deutsche Organisationen, die teilweise mit Mitteln der Bundesregierung gefördert werden. So sind oder waren die Welthungerhilfe und die Johanniter beteiligt (Welthungerhilfe, 2016). Während die geförderten lokalen NGOs einerseits Hilfe bei der Landtiteleintragung leisteten, wurde die Dorfbevölkerung gleichzeitig in Fragen zur Gesundheit, zu landwirtschaftlicher Produktion und der Verbesserung der Ernährungssicherheit unterstützt.

Bei dem Projekt wird deutlich, dass es einen erheblichen Zusammenhang zwischen der Landtitelfrage und der Verbesserung der Lebensbedingungen in den indigenen Dörfern gibt. Die langfristige Präsenz der lokalen NGOs zeigt der Bevölkerung, dass sie im langen Prozess zwischen Antragstellung und Landtitelzuweisung nicht allein dasteht.

SOZIALE LANDKONZESSIONEN

Bei den sozialen Landkonzessionen handelt es sich um ein staatliches Programm, das 2007–2008 in mehreren Provinzen Kambodschas eingeleitet wurde und landlosen Familien kleine Einheiten von ein bis zweieinhalb Hektar Land kostenlos zur Verfügung stellen sollte. Die Bewerber mussten bestimmte Kriterien erfüllen, wozu Landlosigkeit und nachgewiesene Armut zählten. Die Landzuteilungen wurden dann unter allen eingegangenen Bewerbungen ausgelost. Dieses Verfahren wurde mit Unterstützung der Weltbank und von ihr beauftragten Durchführungsorganisationen eingeleitet.

Bei den Flächen handelte es sich fast immer um relativ geringwertiges Buschland, auf dem alle Nutzbäume bereits entfernt worden waren. Sie wurden grob planiert, und es wurden Zufahrtspisten gebaut, einige Brunnen wurde errichtet und ein Minimum an Baumaterial für Wohnhäuser bereitgestellt. Um jedoch die begehrten Landtitel definitiv zu erhalten, verlangten die Regeln, dass die Neubauern nach einem Jahr ihr Land größtenteils bestellt haben mussten. Später wurde diese Vorschrift auf fünf Jahre erweitert. Das löste aber auch das Grundproblem nicht, dass extrem arme Menschen keine finanziellen Reserven haben, um die Zeit zwischen dem Zuzug über Bodenbestellung und der Ernte finanziell zu überbrücken. Deshalb konnte kaum eine Familie ihr Neuland tatsächlich zügig unter den Pflug nehmen, da sie weiterhin auf das Einkommen aus der Lohnarbeit angewiesen blieb. Entsprechend konnten sich die meisten Haushalte nur kurzzeitig um die neuen Felder kümmern.

Vor diesem Hintergrund setzte 2014 ein deutsches Programm ein, das darauf abzielt, die Ansiedlung der Bauern nachhaltig



zu unterstützen, und ihnen hilft, die Zeit bis zur Erreichung einer eigenständigen landwirtschaftlichen Produktion zu überbrücken. Das „Improvement of Livelihoods and Food Security Project“ (ILF) bietet den Bauern ein breites Spektrum: Es erlaubt den Familien, ihr neues Land zu bestellen und gleichzeitig vor Ort den Lebensunterhalt durch gemeinnützige Arbeiten zu verdienen, ohne dauernd zwischen alter und neuer Wohnstätte pendeln zu müssen.

Geräte wie Kleintraktoren, einfache Bewässerungseinrichtungen (Handpumpen und Schläuche beziehungsweise Rohrleitungen), Saatgut oder Setzlinge für Bäume, Zuckerrohr oder essbare Blätter liefernde Akazien sowie der Moringa-Baum sollen dabei für schnelle und zudem hochwertige Erträge sorgen, die sowohl zum Verzehr in den Familien als auch für den Markt geeignet sind. Material zur Anlage von Fischteichen, von kleinen Haus-Gemüsegärten oder die Lieferung von Hühner- und Entenküken haben die gleiche Funktion, nämlich den Familien Nahrung zu bieten und die Grundlage für einen landwirtschaftlichen Erwerb zu liefern. Training in Anbautechniken und Tierhaltung, die Beratung zur effektiveren Vermarktung der Produkte und zur Ernährungsverbesserung sollen dazu beitragen, dass alle Familien das ihnen zugewiesene Land tatsächlich nutzen können und damit die Voraussetzungen für die endgültige Eintragung ihrer Landtitel erhalten. Zwischenzeitlich beginnt auch der Staat, erste Schulen zu errichten.

Durch diese Maßnahmen nicht gelöst werden kann das Problem, dass die Qualität des zugewiesenen Landes höchst unterschiedlich ist. Anstatt den Familien

jeweils zwei der drei Einheiten verschiedener (guter und weniger guter) Qualität zuzuteilen, haben die einen Glück und erhalten ein Stück sehr gutes Land, die anderen aber nur mittelmäßige Flächen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das kambodschanische Beispiel ist hervorragend geeignet, drei grundsätzliche Schlussfolgerungen zur Verbindung der Landfrage mit Armutsbekämpfung und Verbesserung der Ernährungssicherheit abzuleiten:

- Die breite Absicherung von Landtiteln für bäuerliche Nutzer ist eine grundlegende Voraussetzung für die nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung in Ländern, die überkommene Landrechtssysteme verändern wollen. Wo Unsicherheit hinsichtlich der Landnutzungsrechte herrscht, wird einerseits von den „Noch-Nutzern“ nicht mehr in das Land investiert, andererseits ist die Folge von Rechtsunsicherheit immer Enteignung, Verdrängung und Verarmung der ländlichen Bevölkerung.
- Es besteht allerdings auch im Rahmen von Transformationsprozessen im Landrecht durchaus die Chance, mehr Menschen als bisher zu Landtiteln zu verhelfen, und zwar auch solchen Gruppen, die bisher landlos waren. Im kambodschanischen Fall betraf dies zwar bisher vorrangig nichtgenutztes Land, allerdings besteht derzeit auch die Chance, armen Familien Land aus nichtgenutzten (leider immer aber illegal durchforsteten) agroindustriellen Konzessionen zuzuteilen. Der entwicklungspolitische Dialog könnte entsprechend auch in Ländern wie Äthiopien, Indonesien oder Kenia dazu führen, strenger auf die tatsächliche Nutzung von erteilten Großkonzessionen zu achten und zumindest alle nicht genutzten Konzessionen wieder einzuziehen und das Land an Kleinbauern (zurück) zu verteilen. Die GIZ startet in Äthiopien derzeit ein Vorhaben, welches die Behörden in die Lage versetzen soll, die Verträge und Auflagen mit Landkäufern im Sinne der „Voluntary Guidelines“ (FAO, 2012) zu handhaben.
- Das Beispiel Kambodscha zeigt deutlich, dass es mit der Vergabe von Land allein nicht getan ist. Die Neubauern müssen

sofort nutzbares Land erhalten, versehen mit der notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur. Zudem müssen sie eine finanzielle Überbrückung bekommen, die es ihnen ermöglicht, bis zum Verkauf der ersten Vollernte wirtschaftlich zu überleben. Da es vielen Familien auch an landwirtschaftlicher Erfahrung mangelt, ist zudem eine Aus- und Fortbildung wichtig, die auch so etwas wie finanzielle Kompetenz umfassen muss. Die Landvergabe muss gerecht und mit Blick auf die Nachhaltigkeit erfolgen, das heißt, die Größe der Flächen und die Qualität der Böden muss überall so beschaffen sein, dass die Bauern eine dauerhafte Existenz aufbauen können.



FRANK BLISS
ist Professor für Ethnologie an der Universität Hamburg und freier entwicklungspolitischer Gutachter.
bliss.gaesing@t-online.de



Gutachterin.

KARIN GAESING
ist Geographin und Raumplanerin an der Universität Duisburg-Essen und freie entwicklungspolitische

QUELLEN

- Brot für die Welt, 2016: Land rights matter! Anchors to reduce land grabbing, dispossession, and Displacement.**
https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analysis_60_Land-Policy-Study.pdf
- CIA, 2017: World Factbook 2017.**
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>
- FAO, 2012: Voluntary guidelines on the responsible governance of tenure of lands, fisheries and forest in the context of national food security.**
<http://www.fao.org/docrep/016/i2801e/i2801e.pdf>
- Landmatrix, 2017:**
<http://www.landmatrix.org>
- Welthungerhilfe, 2016: Blogbeitrag.**
<http://www.welthungerhilfe.de/blog/engagement-gegen-landraub-in-kambodscha/>

Landtitel helfen gegen Konflikte

Landkonflikte sind in Kambodscha seit Langem ein ernstes Thema. Seit es vor einigen Jahren Unruhen gab, verpachtet die Regierung keine großen Grundstücke mehr an private Investoren. Die Deals aus der Zeit zuvor sorgen jedoch weiter für Spannungen.

Von Sun Narin

Die Roten Khmer schafften den privaten Grundbesitz in Kambodscha ab. Unter ihrer blutigen Herrschaft kamen zwischen 1975 und 1979 etwa 1,7 Millionen Menschen ums Leben.

Als das Regime zusammenbrach, lebten die meisten Kambodschaner auf dem Land. Viele waren geflohen, und niemand wollte sich in der Hauptstadt Phnom Penh – der „Geisterstadt“ – niederlassen. Während der akuten Krise scherten sich die Leute offensichtlich wenig um formelle Landtitel.

Das änderte sich, als Frieden einkehrte und eine marktorientierte Entwicklung einsetzte. Seither sind Landkonflikte weit verbreitet. Zum Teil geht es dabei um abgelegene Waldgebiete, in denen indigene Gemeinschaften leben, deren traditioneller Lebensstil eng mit den natürlichen Ressourcen der Wälder verknüpft ist.

Aber auch in anderen Regionen gibt es Konflikte um Grund und Boden. Dabei spielt eine Rolle, dass 85 Prozent der 16 Millionen Kambodschaner von der Landwirtschaft leben. Für sie ist das Allerwichtigste, Land zu haben, das sie bewirtschaften können. Viele Kleinbauern befürchten, eines Tages den Boden zu verlieren, den sie bebauen.

Kambodscha zählt zu den am wenigsten entwickelten Ländern Südostasiens. Laut Asiatischer Entwicklungsbank (ADB) leben dort heute 14 Prozent der Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Ihre Kaufkraft liegt bei unter 1,25 Dollar pro Kopf und Tag.

Aktivisten zufolge begannen die Landkonflikte 1999 – ein Jahr nachdem die letzten Kämpfer der Roten Khmer an der thailändischen Grenze niedergeschlagen wurden. Auf jeden Fall nahmen die Spannungen zu, als die Regierung 2001 ein neues Landgesetz verabschiedete – nicht zuletzt, um ausländische Investoren anzulocken.

Dabei wurde ein Grundbuchsystem eingeführt. Grundsätzlich überträgt dieses System den Menschen Rechte auf das Land, das sie seit mindestens fünf Jahren kontinuierlich genutzt haben. Der Registrierungsprozess läuft noch. Bis 2016 wurden Landtitel für etwa 60 Prozent aller betroffenen Grundstücke offiziell anerkannt. Die Regierung geht davon aus, dass bis zum Jahr 2023 alle Einträge vorgenommen werden.

Eine weitere neue Bestimmung ist die wirtschaftliche Landkonzession (ELC). ELC bedeutet, dass die Regierung staatliche Grundstücke von bis zu 10 000 Hektar für maximal 99 Jahre an private Investoren verpachtet. Viele ELCs wurden allerdings während der Registrierungsphase gewährt, was landesweit zu Zwangsräumungen und gewalttätigen Protesten führte. Daraufhin fuhr die Regierung die Vergabe von ELCs herunter.

Insgesamt erhielten mehr als 100 Privatunternehmen ELCs, die etwa 2 Millionen Hektar umfassen. Bei den Landkonflikten geht es um Landwirtschaft, verarbeitende Industrie, Bergbaurechte und den Bau von Wasserkraftwerken. Auch Stadtentwicklung ist ein strittiges Thema (siehe Kasten, S. 35). Dass der Rechtsstaat labil ist, verschlimmert die Lage zusätzlich. Menschenrechte sind zwar offiziell anerkannt, werden aber nicht zuverlässig geschützt.

Betroffene Gemeinschaften haben in Phnom Penh diverse Aktionen gestartet in

der Hoffnung, dass die Regierung – und vielleicht auch Ministerpräsident Hun Sen selbst – ihre Probleme lösen würde. Er ist seit mehr als 30 Jahren an der Macht und dafür bekannt, „Dinge in die Hand zu nehmen“, wenn auch nicht immer mit fairen Mitteln: Human Rights Watch beschuldigt ihn des Machtmissbrauchs und der Gewaltherrschaft. Dorfbewohner haben zudem Politiker aus der Nationalversammlung, dem Senat und den zuständigen Ministerien gebeten zu intervenieren.

Die Dorfgemeinschaften werden aber selten angehört. Aktivisten zufolge ist die mächtige Elite in die meisten Landkonflikte involviert, darunter hochrangige Regierungsbeamte. Schätzungsweise sind rund 400 000 bis 1 Million Menschen direkt von Landstreitigkeiten betroffen. Die kambodschanische Menschenrechtsorganisation Adhoc schätzt, dass 60 000 Menschen gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben worden sind.

Bei den Vertreibungen geht es bisweilen brutal zu. 2012 wurde bei der Räumung eines Dorfes im Nordosten eine 14-Jährige von staatlichen Sicherheitskräften erschossen. Vann Sophat vom nichtstaatlichen kambodschanischen Zentrum für Menschenrechte (CCHR) bezeichnet die Räumungen als „Schlachtfelder“. Proteste werden oft gewaltsam niedergeschlagen. Dorfbewohnern, die es wagen, sich den Sicherheitskräften zu widersetzen, drohen Festnahme, Inhaftierung und Strafverfolgung. Man glaube den Gerichten nicht, dass sie unabhängig seien, wohl aber, dass sie im Namen der Regierung handelten, sagt Vann Sophat.

Die Bewohner dieser informellen Siedlung in Kambodschas Hauptstadt Phnom Penh wurden 2006 vertrieben.



Frauen sind in Landkonflikten besonders aktiv. „Sie sind von Land und Haus abhängig“, erklärt der Aktivist. In Kambodscha schickt es sich nicht, dass Frauen sich weit von Haus und Hof entfernen. Viele Frauen würden ihr Leben riskieren, um für ihr Land zu kämpfen. Gewalttätige Proteste werden aber meist von Männern angeführt, so Vann Sophat.

Menschenrechtsgruppen kritisieren die Art, wie die Regierung mit den Streitigkeiten um Grund und Boden umgeht. Latt Ky von Adhoc schildert, dass die Regierung die Situation vor Ort meist gar nicht evaluiert habe, bevor sie ELCs gewährte. Erst später habe sie dann festgestellt, wer davon überhaupt betroffen war. Auch die Auswirkungen der ELCs auf die Umwelt seien nicht untersucht worden.

Die Landstreitigkeiten haben dem Ansehen der Regierung geschadet. Bei den Wahlen im Jahr 2013 verlor die Regierungspartei neun Prozentpunkte und sank auf etwas unter 49 Prozent. Sie hat aber immer noch die Mehrheit der Sitze im Parlament.

Vor der Wahl erkannte Hun Sen an, dass es Probleme mit der Landvergabe gibt.

Er beschloss 2012, keine weiteren ELCs zu gewähren und reduzierte die Pachtdauer auf 50 Jahre. Die Menschen vor Ort bedürften des Schutzes, sagte er, und versprach, 1 Million Hektar Land an arme und enteignete Familien zu vergeben. Menschenrechtsgruppen zufolge hat sich seitdem jedoch wenig getan.

Es gab ernsthafte Bemühungen, laufende Landkonflikte zu lösen. Es wurden sogar eigens dafür Komitees eingerichtet. Allerdings sind die Interessen der Konfliktparteien meist schwer miteinander vereinbar – zumal die Rechte der ELC-Gesellschaften vertraglich definiert sind.

Menschenrechtsaktivist Vann Sophat schätzt, dass bislang „knapp über 20 Prozent der Landkonflikte gelöst wurden“. Seine Organisation, CCHR, hat 41 Gemeinschaften bei Streitigkeiten unterstützt. Bisher sei nur in zehn Fällen eine Lösung gefunden worden. Viele Betroffene haben noch keine formalen Landtitel, also seien künftige Konflikte nicht auszuschließen, warnt er.

Latt Ky von Adhoc sagt, insgesamt habe sich die Situation verbessert. Seit die Regierung keine ELCs mehr gewährt, seien keine neuen Konflikte entbrannt. Aber die

bisher ungelösten Konflikte seien verhärtet. Künftigen Investoren gehe es darum, ihre Geschäftsinteressen zu verfolgen, und nicht um Kompromisse mit lokalen Gemeinschaften.

Die Menschenrechtsaktivisten sind sich darüber einig, dass Landtitel künftig helfen können, Konflikte zu verhindern. Sie finden es wichtig, bei den Menschen das Bewusstsein für Eigentumsrechte zu schärfen.

Regierungsvertreter sagen, das Gesetz sei gut und werde langfristig funktionieren. Es sei zwar noch nicht alles in trockenen Tüchern, aber man befasse sich mit den Problemen. Gewissermaßen gibt die Regierung der Opposition die Schuld an den Schwierigkeiten und sagt: „Die politischen Parteien haben die aktuelle Landfrage schamlos zu ihren Gunsten manipuliert.“ Aus Sicht der Menschenrechtsaktivisten jedoch hängt die Klärung der Landproblematik „vom politischen Willen der Regierung“ ab.



SUN NARIN
ist Journalist und
lebt in Phnom Penh.

snnarin@gmail.com

Es war einmal ein See

Der Boeung-Kak-See in Phnom Penh ist für 99 Jahre an ein Privatunternehmen verpachtet worden. Das Unternehmen hat das Land eingefordert und ein neues Viertel auf dem 90 Hektar großen Gelände errichtet. Die Menschen, die bis dahin von dem See lebten, haben keine Entschädigung bekommen.

Früher war der See ein Erholungsgebiet. Heute können sich viele der Restaurants nicht mehr halten. Auch die Fischer lebten von dem See.

Seit 2007 mussten Tausende von Familien ihre Häuser rund um den ehemaligen See verlassen. Amnesty In-

ternational bezeichnet diese Entwicklung als Kambodschas „größte Zwangsräumung seit der Ära der Roten Khmer“. Angeblich gehört ein führendes Mitglied der Regierungspartei zu den Eigentümern des pachtenden Unternehmens.

„Es besteht kein Vertrauen zwischen den Anwohnern des Boeung-Kak-Sees und der Regierung“, sagt Vann Sophat vom nichtstaatlichen kambodschanischen Zentrum für Menschenrechte (CCHR). Die Menschen sind frustriert, weil die Regierung keine Lösung anbietet. Die Polizei hat schon mehrfach Proteste gewaltsam niedergeschlagen. Boeung-

Kak-Aktivistin, darunter viele Frauen, sitzen im Gefängnis. Dieser Konflikt sei besonders schwer zu lösen, weil er mit der Politik verknüpft sei, sagt Vann Sophat. Das sei nicht immer der Fall, aber die rechtliche Situation sei oft kompliziert.

Beim Fall Boeung Kak handelt es sich nicht um den einzigen Landkonflikt in Phnom Penh. Im Jahr 2009 etwa wurden 150 Familien aus Dey Krahorrm vertrieben und ihre Häuser zerstört. Das Land, auf dem sie gelebt hatten, wurde an eine private Baufirma verpachtet. Entschädigungen erhielten sie nicht.

Eine Anwohnerin des Boeung-Kak-Sees weint während eines Protestes in Phnom Penh im Jahr 2011.



Überfüllte Räume



Besonders in städtischen Gebieten ist Grund und Boden teuer. Das zwingt viele arme Menschen, in dichtbesiedelten, informellen Siedlungen ohne Mietsicherheit zu leben. Viele indische Slumbewohner müssen die Räumung ihrer Viertel fürchten.

Von Roli Mahajan

Janki Prasad (40) lebt mit ihren drei Kindern in einem winzigen Raum mit Blechdach und einer kaputten Holztür als Eingang. In der Hütte ist kaum Platz für zwei Menschen. Eine Backsteinmauer trennt sie von der Straße, wo eine offene Abwasserrinne neben dem Fußweg verläuft. In der Regenzeit ist hier alles überflutet.

Jankis Haus ist eines von vielen in Seelampur, einem Slum in Delhi. Sie sagt, hier sei das Leben besser als in ihrem 600 Kilometer entfernten Heimatdorf. Sie ist froh, dass sie ihren Mann jeden Tag sieht, der in der Hauptstadtregion arbeitet, wäh-

rend sie etwas Geld als Köchin verdient. Die Kinder gehen zur Schule. Ihre Wohnsituation ist schwierig, doch Janki glaubt, dass sie hier bessere Chancen haben als im Dorf.

Tatsächlich ist sie eine der begünstigteren Slumbewohner, weil sie eine „Toilette“ mit einem Nachbarn teilt – ein behelfsmäßiges Zelt mit Holzbohlen als Säulen und alten Bettlaken als Wänden. Die Toilette ist nicht an das Abwassersystem angeschlossen und die Exkremente gehen direkt in einen offenen Kanal. Die meisten Menschen in Seelampur nutzen die Gemeinschaftstoiletten am Rande des Slums. Sie werden nicht regelmäßig gereinigt und von Männern wie Frauen genutzt. Die Frauen leiden unter der fehlenden Intimsphäre.

In Indien leben mehr als 65 Millionen Menschen in Slums, in über 100 000 informellen Siedlungen, von denen mehr als ein Drittel nicht offiziell anerkannt ist. Immer mehr Menschen kommen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft in die Städte. Einem

UN-Bericht nach ist die städtische Bevölkerung in Indien in den letzten zwanzig Jahren von 160 Millionen auf 377 Millionen gewachsen. Bis zum Jahr 2031 sollen rund 600 Millionen Menschen in den 8000 großen und mittelgroßen Städten Indiens leben.

Nur die Hälfte der Städte und Gemeinden hat eigene Kommunalbehörden. Bei der Volkszählung 2011 wurden nur Slums dieser Städte gezählt, die anderen Slums werden von den Behörden oft einfach ignoriert.

Es gibt drei offizielle Klassifikationen für Slums: „gemeldet“, „anerkannt“ und „gekennzeichnet“. „Gemeldet“ und „anerkannt“ bedeutet, dass offizielle Autoritäten das Gebiet als Slum akzeptieren. Die dritte Kategorie besagt lediglich, dass wenigstens 300 Personen in mindestens 60 Mietsgebäuden leben. Ein „gekennzeichneter“ Slum hat keinen rechtlichen Status und bezieht keine kommunalen Dienstleistungen. Mehr als eine Million der etwa 1,7 Millionen Slumbewohner Neu-Delhis leben so. Auch andere



Viele Slums sind auf dem Grund der Bahn entstanden, so wie dieser in Kalkutta.

indische Megastädte wie Mumbai, Kalkutta und Bangalore haben enorme Slumpopulationen.

Die indische Urbanisierung ist weitgehend ungeplant und ungeordnet verlaufen. Unzählige Menschen leben in solchen marginalisierten Siedlungen. Stadtplaner und Politiker in Delhi träumen von einer „Weltklasse-Stadt“ ohne Slums. Sie meinen, durch einen „effizienten Markt für Bauland“ könnten bisher „unterbeanspruchte“ – weil von Slumbewohnern besetzte – öffentliche Flächen in kommerziell verwertbare Immobilien umgewandelt werden. Stadtentwicklung heißt für sie: die meisten Elendsviertel räumen und einige aufwerten.

Die Delhi Development Authority (DDA) äußerte solche Pläne bereits 1997. 2010 wurden vor den Commonwealth Games massenweise arme Stadtbewohner vertrieben und deren Häuser abgerissen. Für die DDA sind Slums inakzeptabel. In den letzten Jahrzehnten teilen auch die Gerichte in Indien zunehmend diese Ansicht. In einem Gesetz von 2017 verhängte der Oberste Gerichtshof von Bombay Geldstrafen für Slumbewohner, die sich auf Arealen der Bahn niedergelassen haben. Die Familien hatten dort seit Jahrzehnten gelebt, aber die Richter befanden, es „sei strafbar, sich unbefugt auf Eisenbahngelände niederzulassen“.

In Indien haben sich Slums schon immer bevorzugt auf öffentlichem Land, einschließlich Bahngrundstücken, gebildet. Meist tolerierten die Regierungsbehörden sie – schließlich sind auch Slumbewohner potenzielle Wähler. Ihre Angelegenheiten durften die Bewohner der informellen Siedlungen jedoch nie selbst und in der Weise, wie sie es sinnvoll finden, regeln.

Informelle Siedlungen werden in mafiaähnlichen Netzwerken von Slumlords kontrolliert, die meist Kontakte zu korrupten Politikern haben. Die Armen zahlen saftige Mieten für ihre miserablen Hütten. Schon für die geringen Basis-Dienstleistungen werden sie zur Kasse gebeten. Slums sind Teil der informellen Wirtschaft, in der Rechte von denen gemacht werden, die die Macht ausüben.

Der US-Wissenschaftler Asher Ghertner stellte fest, dass die Öffentlichkeit Slums zunehmend ablehnt. Viele Gerichtsverfahren, die zur Räumung von Slums in Delhi führten, begannen als öffentlich-rechtliche Verfahren – PIL (public interest litigation). Ein PIL ist ein von einem Gericht anerkannter Rechts-

fall, den Bürger nicht in ihrem persönlichen Interesse, sondern im Interesse der Gemeinschaft einreichen. Wohlhabende Bürger reichen solche Klagen gegen Slums ein, weil sie sie als öffentliche Belästigung empfinden.

Seit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Bombay von 1985 können Regierungsstellen Slumbewohner vertreiben, trotz des konstitutionellen Rechts des Menschen auf Leben und Lebensunterhalt. Die staatlichen Stellen müssen zwar nach geltendem Gesetz handeln und die Situation der Slumbewohner berücksichtigen. Das geschieht aber praktisch kaum. Vertriebene haben auch kein Recht auf neuen Wohnraum.

Bisweilen ist auch gut gemeinte Politik schädlich. Der 2007 veröffentlichte Delhi-Masterplan 2021 führte eine „Vor-Ort-Rehabilitation“ für die Sanierung von Slums ein. Der erste Slum, der so verbessert werden sollte, war die Kathputli-Kolonie, die Salman Rushdie in seinem berühmten Roman „Mitternachtskinder“ verewigt hat.

Weil Kathputli als Slumbereich ausgewiesen war, hatten die Menschen das Recht, dort zu leben. Trotzdem wurden die Bewohner 2014 vertrieben, dagegen half selbst die Medienaufmerksamkeit nicht. Inzwischen hat die Umverteilung von etwa 1000 neuen Wohnungen an einige der Vertriebenen begonnen. Da diese aber nicht auf dem früheren Slumareal liegen, fühlen sich die ehemaligen Bewohner betrogen. Sie schrieben an verschiedene Behörden, um sich zu beschweren.

Vor-Ort-Rehabilitation ist generell möglich – allerdings müssen dabei die Bedürfnisse der Bewohner berücksichtigt werden (siehe Diana Mitlin in E+Z/D+C, e-Paper 2016/10, S. 24 und E+Z/D+C-Printausgabe 2016/11-12, S.13). Diese decken sich aber selten mit den Vorstellungen der Stadtplaner (siehe Rüdiger Korff in E+Z/D+C e-Paper 2016/10, S. 28 und E+Z/D+C Printausgabe 2016/11-12, S. 19). Vor-Ort-Rehabilitation nutzt vielleicht den Bewohnern, sie passt aber nicht zu den offiziellen Vorstellungen von „Weltklasse“.

NEUE RICHTLINIEN

Indiens Zentralregierung weiß um diese Herausforderungen. Ministerpräsident Narendra Modi sagte: „Ich träume davon, dass bis im Jahr 2022 jeder Inder sein eigenes Zuhause hat und Zugang zu Strom, Wasser und nahe gelegenen Krankenhäusern. Niemand soll ohne Obdach sein.“

Die 2017 vorgeschlagene National Urban Rental Housing Policy könnte wegweisend sein. Den Slums soll demnach ihre Existenz auf städtischem Grund garantiert werden – sofern sie zu Mietwohnungen umgewandelt werden. Die Kommunen übernehmen dann die Rolle des Vermieters und wären an soziale Vorgaben gebunden. Laut Ministerium für Wohnungsbau und städtische Armutsbekämpfung hätte das zwei Vorteile: So würden die Slumbewohner vor der ständigen Bedrohung geschützt, geräumt zu werden, und es wäre darüber hinaus eine passable Einnahmequelle für die städtischen Behörden. Wohnungsbauminister M. Venkaiah Naidu sagte im April 2017, diese Politik „ziele darauf ab, die zunehmenden Wohnbedürfnisse von Migranten, Studenten, alleinstehenden, arbeitenden Frauen und anderen zu erfüllen“.

Der Ansatz ist sinnvoll. Trotzdem bezweifeln Beobachter, dass er funktioniert. Nicht zuletzt wegen der Erfahrung mit der Kathputli-Kolonie: Der DDA-Ansatz der Vor-Ort-Rehabilitation geht zwar mit den Plänen der Zentralregierung einher – aber er ist gescheitert.

Mukta Naik, Leiterin einer Forschungsgruppe am Zentrum für Politikforschung, einem unabhängigen Thinktank, mahnt, die neue Politik beinhalte nicht die unbedingte Garantie, dass nicht mehr geräumt werden darf. Dieses Versäumnis belegt ihrer Ansicht nach „das Versagen, informelle Siedlungen als das zu erkennen und zu akzeptieren, was sie sind: erschwinglicher Wohnraum, den eigentlich der Staat bereitstellen müsste“. Der Staat betrachte Slumbewohner immer noch als Eindringlinge statt als Menschen, die ein Dach über dem Kopf brauchen, so ihr Fazit.

In indischen Städten ist ein Bauboom ausgebrochen, doch davon profitieren nur die Mittelklasse und die Wohlhabenden. Die Nachfrage nach Bauland ist immens. Manish Kumar, Manager einer privatwirtschaftlichen Immobilienberatung, sagt: „Häuser sind für die meisten unerschwinglich geworden.“ Er sieht einen Mangel an bezahlbaren Wohnungen, was wiederum aus einem Mangel an erschwinglichem Land und Krediten resultiert.



ROLI MAHAJAN
ist freie Journalistin
in Delhi.

roli.mahajan@gmail.com

Sorge um die Schwächsten

„De-risking“ ist ein neues Schlagwort in der Entwicklungsfinanzierung und bedeutet, dass man die Risiken in Projekten oder Programmen reduzieren will. Der bekannte Entwicklungssoziologe Michael Cernea stellt die Frage, um wessen Risiken es dabei geht. Nicht nur Investoren sollten geschützt werden, meint er, sondern auch diejenigen, die vertrieben werden und zu verarmen drohen. Ist das neue Umwelt- und Sozialrahmenwerk der Weltbank im kommenden Jahr erst einmal in Kraft, wird man sich um sie wohl noch weniger kümmern als bisher.

Von Korinna Horta

Cernea kennt die Risiken, die mit Entwicklungshilfe einhergehen. 1974 wurde er als erster Soziologe bei der Weltbank angestellt. Von da an führte er ein Vierteljahrhundert lang intellektuelle Kämpfe innerhalb und oft auch außerhalb der Institution. Er fordert, dass die offizielle Entwicklungshilfe auch sozialwissenschaftliche Kenntnisse berücksichtigen soll, nicht nur ökonomische. Sein bahnbrechendes Buch „Putting people first“ (1985/1991) wurde als Klassiker über partizipative Entwicklung in etliche Sprachen übersetzt.

Cernea ist inzwischen von der Weltbank pensioniert worden, aber er ist weiterhin ein produktiver Autor. Ihm sind einige wegweisende Erfolge bei der Weltbank zu verdanken; am bekanntesten sind seine Arbeiten über Zwangsumsiedlungen. 1980 verabschiedete die Weltbank diesbezüglich eine von ihm erarbeitete Politikrichtlinie. Diese läutete eine neue Ära ein, denn andere multilaterale und bilaterale Agenturen übernahmen bald ähnliche Standards.

Der neue Ansatz betonte, dass entwicklungsbedingte Vertreibung Millionen von Menschen betrifft und vermieden werden sollte. Sollte das nicht möglich sein, müsse man die negativen Auswirkungen gering halten: Es kann nicht sein, dass die Ärmsten die Kosten für Entwicklung tragen. Die Weltbank solle Verantwortung dafür übernehmen und dürfe sie nicht den örtlichen, unterfinanzierten Behörden überlassen.

Der neue Ansatz stellte klar: Wenn ein Projekt zu Vertreibungen führt und Um-

siedlungen nötig werden, sind die damit verbundenen Kosten integraler Bestandteil des Projekts. Es ging darum, dass Geldgeber und Regierungen Menschen nicht wie Wegwerfware behandeln können und Menschen Rechte, Besitzansprüche und Ziele haben.

DAS IRR-MODELL

Das IRR ist ein Planungsinstrument, das Cernea entwickelt und populär gemacht hat. IRR steht für „Impoverishment risks and reconstruction model for resettling displaced populations“ – „Verarmungsrisiken und Rekonstruktionsmodell für die Umsiedlung Vertriebener“. Er stellte es erstmals in China auf einer Konferenz über Wasserkraft vor.

Das Modell identifiziert acht grundlegende Risiken, die im Kontext von Zwangsumsiedlungen regelmäßig auftreten:

- Landlosigkeit,
- Arbeitslosigkeit,
- Obdachlosigkeit,
- Marginalisierung,
- Nahrungsmittelunsicherheit,
- Verlust von Zugang zu Ressourcen öffentlichen Eigentums,
- Verlust der Gesundheit und
- Auflösung gemeinschaftlicher Strukturen.

Diese Risiken müssen eingedämmt werden. Leider ist das nicht das, was Internationale Finanzinstitutionen (IFI) unter „De-risking“ verstehen. Vielmehr steht „De-

risking“ für eine einseitige Strategie, um an das private Kapital risikoscheuer Investoren zu kommen. Eine Option dabei ist, Versicherungen anzubieten, die das Risiko abdecken. Ein anderer Ansatz wäre, sicherzustellen, dass Privatanleger durch gezielte Regulierungen in Entwicklungsländern mit attraktiven Renditen rechnen können.

IFI, darunter die Weltbank und ihre regionalen multilateralen Schwestern, bemühen sich um Privatgelder für große Infrastrukturprojekte. Wenn die privaten Kapitalströme nicht fließen, sind die von den G20 beabsichtigten Investitionsziele nicht erreichbar, die Billionen statt nur Milliarden Dollar für Infrastrukturprojekte anvisieren.

Die Topmanager der IFI sind angetan vom „De-risking“. Erschreckend ist allerdings, dass es ihnen dabei allein darum geht, das Risiko der Investoren zu senken. So zumindest stellte sich das in diesem Frühjahr bei den Treffen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in Washington dar. Die Gefahren für die Einheimischen, durch große Infrastrukturprojekte entwurzelt, marginalisiert und in die Armut getrieben zu werden, wurden kaum berücksichtigt. Cerneas Lehren bleiben unbeachtet.

IFI müssen mehr tun, als sich auf dem Papier zu einer inklusiven und nachhaltigen Entwicklung zu verpflichten. Sie müssen die Risiken für die Betroffenen im Vorfeld betrachten und sie gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden offen und transparent angehen. Die IFI haben Umwelt- und Sozialstandards verabschiedet, die sie dazu verpflichten.

Tatsächlich aber ist es leider so, dass diese Standards aus diversen Gründen nicht stringent umgesetzt werden – und die Ten-

Indigene protestieren 2013 gegen Belo Monte in Brasilia.



denz ist eine weitere Verschlimmerung. Oft interessieren sich Regierungen der Länder, in denen die Infrastruktur gebaut wird, kaum für die marginalisierten Gruppen. Sie wollen neue Straßen, Dämme, Minen, Kraftwerke und dergleichen.

Den IFI-Managern wiederum geht es darum, viele Projekte möglichst schnell umzusetzen, auch weil sie fürchten, verdrängt zu werden, etwa von privaten Anlegern und neuen chinesisch geführten, multilateralen Banken wie der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) mit Sitz in Peking.

KEHRSEITEN DES RISIKOBASIERTEN ANSATZES

Das neue Environmental and Social Framework (ESF) der Weltbank tritt 2018 in Kraft. Erfahrungsgemäß ahmen andere IFI das nach. Das neue Regelwerk verfolgt einen „risikobasierten Ansatz“, was bedeutet: Risiken brauchen nicht vor Beginn eines Projekts

identifiziert zu werden und sollen dann während der Projektdurchführung angegangen werden. Zudem beruft sich das ESF zunehmend auf die Umwelt- und Sozialstandards von kreditnehmenden Regierungen und immer weniger auf multilaterale Standards.

Cerneas Erfahrung nach bedeutet ein „risikobasierter“ Ansatz, dass die Risiken von Vertreibungen zunehmen, wenn sie nicht von Anfang an eingedämmt werden. Seiner Meinung nach sollte die Weltbank nicht nach dem „Learning by doing“-Prinzip verfahren, denn dann müssten für diese Lektionen „andere die Kosten tragen“. Außerdem werde die Bank das Gelernte schnell wieder vergessen. „Beim nächsten Projekt wird es wieder so sein“, warnt Cernea.

Er betont, dass für Infrastrukturprojekte Land benötigt wird – und dass dafür in den vergangenen Jahrzehnten Millionen Menschen entwurzelt wurden. Cernea sieht es als zunehmende Schizophrenie in der Entwicklungsfinanzierung, dass man Pro-

jekten „Vorfahrt“ gibt, während man sich mit Vertreibung und Verarmung nicht angemessen auseinandersetzt.



KORINNA HORTA
ist Beraterin bei Urgewald, einer Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Deutschland.

korinna.horta@gmail.com

LITERATUR

Cerneas, M., 1991: Putting people first: sociological variables in rural development. 2nd edition, Oxford: University Press.

Cerneas, M., 2004: Impoverishment risks, risk management and reconstruction: a model of population displacement and resettlement. Washington: World Bank.
<https://commdev.org/wp-content/uploads/2015/06/Impoverishment-Risks-Risk-Management-and-Reconstruction.pdf>

Prägende Erfahrungen

Der Soziologe Michael Cernea, Autor der Politikrichtlinie der Weltbank zur Verhinderung von Zwangsumsiedlungen, kam in Rumänien zur Welt. Als Kind einer jüdischen Familie entkam er auf wunderbare Weise dem Holocaust der Nazis – darunter auch einem Pogrom, bei dem in seiner Heimatstadt Jassi mehr als 12000



Michael Cernea.

Juden getötet wurden. 1974 zogen er und seine Familie in die USA. Er selbst weiß, was Not bedeutet.

Die Nazi-Herrschaft und die persönliche Erfahrung von Unterdrückung prägten sein Denken nachhaltig. Seine Familie verlor damals ihre Lebensgrundlage und verarmte. Aufgrund der Rassengesetze konnte er nicht auf die öffentliche Schule gehen, sondern musste auf eine arme Schule seiner Gemeinde. Der Weg dahin war lang und gefährlich. Er musste ein ganzes Jahr zu Hause bleiben; erst als 1944 die sowjetische Offensive die deutsche Armee zurückdrängte, gelang es der Familie, nach Bukarest zu fliehen.

Cerneas verpflichtete sich dem Kampf gegen jegliche Art

von Diskriminierung. Gewalt und Terror, die er früh erlebt hat, prägten seine Sicht auf soziale Ausgrenzung, Marginalisierung und Ungerechtigkeit.

Cerneas studierte Philosophie und befasste sich insbesondere mit sozialen Fragen und politischer Ökonomie. Bald nach dem Krieg löste sich die Demokratie in Rumänien auf. Die früheren Versprechen der kommunistischen Partei von Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit waren bald vergessen. Cerneas schrieb daraufhin aus Trotz seine Dissertation über die „Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft“. Es dauerte vier Jahre, bis sie akzeptiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt war ihm klar, dass er sein Interesse an einer handlungsorientierten Soziologie in seinem Land nicht würde verfolgen können.

Akademische Institutionen in Nordamerika wurden

auf seine empirische Arbeit aufmerksam. Er bekam Einladungen in die USA und nach Kanada und entschied sich schließlich auszuwandern. Mit Hilfe von US-Senatoren erhielt seine Familie die Genehmigung des kommunistischen Regimes, ihm zu folgen. Der damalige Weltbankpräsident Robert McNamara stellte ihn ein und gab ihm damit eine öffentliche Plattform für seine Tätigkeit als Entwicklungssoziologe.

Cerneas legte bei der Weltbank Grundlagen für die Sozialanthropologie der Entwicklung, einen neuen Bereich der Angewandten Sozialwissenschaften. Er gewann angesehene Preise wie den Kimball Award (1988) und den Malinowski-Preis (1995) für seine Pionierarbeit, öffentlichen Politik- und Entwicklungsprogrammen eine sozialwissenschaftliche Basis zu geben.



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Development + Cooperation

Tweets 10,2 Tsd. Folge ich 2.100 Follower 4.765 Gefällt mir 182 Listen 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

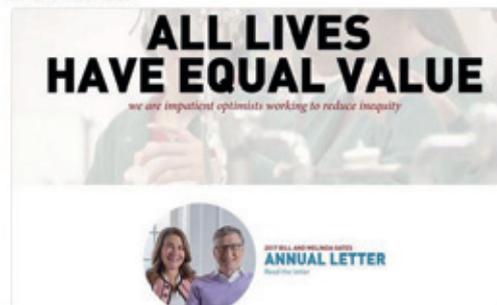
2.242 Fotos und Videos



Tweets Tweets & Antworten Medien



Editorial office D+C @forumdc · 5 Min.
The growing influence of #philanthropic foundations like the @gatefoundation in public affairs is worrisome.
ow.ly/DIAC30cON5A



Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.
All... and... will not stop as long as officials are... and investors...

Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch

Aktualisieren

-  Africa Renewal, UN @africarenewal
-  ODI @ODIdev
-  Eusebius McKaiser @Eusebius
-  Kofi Annan @KofiAnnan
-  Devex @devex

